



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Auf welchem Kurs sind Politik, Medien und Arbeitswelt?

ab Seite 4

Aus gegebenem Anlass

Mitarbeitende der Akademie
fuhren mit einem vollgepack-
ten Transporter an Hilfsgütern
in die Ukraine.

Seite 18

Panama, Paradise, Pandora

Wie Steuerwettbewerb,
Steueroasen und globale
Ungleichheit zusammenhän-
gen und welche lesenswerte
Lektüre es dazu gibt. **Seite 26**

Britische Monarchie – wie lange noch?

Die einen feiern das 70. Thron-
jubiläum von Elizabeth II.,
andere wollen die Monarchie
abschaffen. Eine Reise vom
19. Jh. bis heute. **Seite 28**

Blick über den See

Inhalt

POLITIK

- 3** Wieviel Zeitenwende steckt in der „Zeitenwende“? Ein Kommentar
- 5** Der Brüssel-Effekt

MEDIEN

- 10** Neue Formate für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- 12** Streaming, Podcasts, Social-Media – die Zukunft der Wissenschaftskommunikation?

ARBEITSWELT

- 16** New Work, Home-Office: Chancen und Risiken der hybriden Arbeitswelt

DIGITALISIERUNG

- 19** Digitaler Souverän Europa?

INNENPOLITIK

- 24** Polizei, Geflüchtete, Integration

GLOBALES

- 26** Wie Steuerwettbewerb, Steueroasen und globale Ungleichheit zusammenhängen
- 28** Der Untergang der britischen Monarchie?

JAHRESEMPFANG

- 32** Ukraine-Krieg, Inflation, Energieversorgung

KULTUR

- 34** Zeitübergreifende Relevanz

AKADEMIE INTERN

- 18** Akademie packt Hilfstransporter für die Ukraine
- 31** Namen – Nachrichten
- 36** Im Andenken an OStD a.D. Hans Friedrich (1932–2012): Früher Medienpionier der Akademie
- 38** Namen – Nachrichten
- 38** Impressum
- 39** Stellenangebote & Praktika
- 40** Namen – Nachrichten



Wer konstatiert, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nachlasse oder gar von der „Spaltung der Gesellschaft“ spricht, erntet häufig Kopfnicken. Gleichzeitig bleibt unklar, woran die Phänomene festgemacht werden. Sinnvoll ist die Annäherung über (Umfrage-)Daten: So korreliert die Wahrnehmung von gesellschaftlichem Zusammenhalt sowohl mit dem Wohlstandsniveau als auch

mit der Einschätzung, wie es um die Verteilungsgerechtigkeit bestellt ist. Belegbar ist auch der Zusammenhang zur Frage nach den Zukunftsperspektiven für die Jugend. In den Gesellschaften, die bei diesen drei Parametern hohe Werte erzielen, ist noch etwas anderes gegeben: Die Befragten geben mehrheitlich an, dass sie sich meistens fair behandelt fühlen, und sie artikulieren ihre eigene Gemeinwohlorientierung.

Während die entsprechenden Werte in Deutschland vor der Pandemie auf hohem Niveau stabil waren, hat sich seit 2020 vieles verschoben – auch die emotionale Verbundenheit zum Gemeinwesen. Sog. „vulnerable“ Gruppen waren und sind offenbar nicht nur gegenüber dem Coronavirus anfälliger, sondern auch in ihrem Verhältnis zu Staat, Politik und Demokratie: Wer das Gefühl hat, von der Politik nicht wahrgenommen zu werden, beantwortet die Frage, ob während Corona „ausreichend für Menschen wie Sie getan“ wurde, ebenso häufig negativ wie die Frage nach der Absicht, wählen zu gehen.

Als ob die Pandemie nicht schon genügend Schaden angerichtet habe, gilt für die neuen Krisen dasselbe: Die Kriegsfolgen und die Inflationskrise treffen erneut die sozial Schwächeren am stärksten. Und während wir davon ausgehen müssen, dass der Staat nicht alle Folgen dieser multiplen Krisen durch Transferleistungen ausgleichen kann, wissen wir gleichzeitig auch, dass einer Demokratie der (Selbst-)Ausschluss eines Teils ihrer Bevölkerung schadet. Zur Krisenbewältigung wird neben einer gezielten sozialpolitischen Unterstützung also auch gehören müssen, die Betroffenen in Gesellschaft und Politik einzubinden. Das ist vor allem eine Aufgabe unsere Parlamente und Abgeordneten, die ja nicht nur ihre Wählerschaft vertreten sollen, sondern das ganze Volk – auch die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Das scheint für beide Seiten ein mühsamer Prozess – man ist sich fremd geworden. Politische Bildung kann und muss die Wiederannäherung unterstützen. Diese Aufgabe ist ebenso anspruchsvoll wie unerlässlich und braucht viele Verbündete.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wehen gemeinsam hier am 16. Februar 2022 in Vilnius (Litauen) die Flaggen der NATO, der Europäischen Union und der Ukraine.

© iStock/Michele Ursi

Wieviel Zeitenwende steckt in der „Zeitenwende“? Ein Kommentar

Vier Tage vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zeichneten der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock für die deutsche Außenpolitik in etwa folgendes Bild: Grundlegend sei ein breites Verständnis von Sicherheit und zudem ein Handeln, welches durch Entschlossenheit, Solidarität, Verlässlichkeit geprägt sei und den Bezug zu einer gemeinsamen Werteordnung sowie zu einer feministischen Außenpolitik herstelle. Letzteres, da Frauenrechte der Grutmesser für den Zustand liberaler Demokratien im 21. Jahrhundert seien.

Wenngleich die Gegenwart von unterschiedlichen Machtzentren geprägt sei, könnten alte Antworten auf weltpolitische Herausforderungen nicht auf das Jahr 2022 übertragen werden. Selbstkritisch müssten auch neue Antworten gefunden werden. Gemeinsames, multilaterales Handeln müsse zeigen, wofür die EU, die NATO einstehen. Jeder Mitgestaltungsanspruch souveräner Staaten sei legitim – die Voraussetzung dafür jedenfalls Kooperation und Dialog.

Drei Tage nach Beginn der völkerrechtswidrigen Invasion Russlands in der Ukraine, am 27. Februar 2022, kündigte der Bundeskanzler eine tiefgreifende Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der sogenannten „Zeitenwende“ an. Über diese wurde seither viel diskutiert und debattiert.

Europäische Friedensordnung: Konflikte durch Diplomatie lösen

Gleichwohl scheint der öffentliche Diskurs derzeit festgefahren und beschränkt sich im Großen und Ganzen auf drei Aspekte: Welche Waffen kann und sollte die Bundesrepublik an die Ukraine liefern und das mit welchem Ziel? Wieviel Geld benötigt die Bundeswehr und für was? Und: Finden wir uns in einem „neuen Kalten Krieg“ wieder? Unabhängig von einer Bewertung der Bedeutung dieser Fragen steht eine andere ebenfalls im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion: Wieviel Zeitenwende steckt in dieser Zeitenwende?

Ja, der russische Angriffskrieg stellt einen massiven Einschnitt in die europäische Friedensordnung nach 1945 dar, deren Grundlage es ist, Konflikte durch Diplomatie und Kooperation zu lösen und nicht durch das Mittel des territorialen Krieges. Vielmehr ist der klassische Angriffskrieg in Europa seit 1945 völkerrechtlich verboten. Mit Blick auf die internationalen Beziehungen sprach der Bundeskanzler mithin von einer Zäsur für diese Friedensordnung und diesen Grundsatz der Diplomatie.

Dennoch befinden wir uns derzeit nicht in einem neuen Kalten Krieg. Die klassische Blockkonfrontation zwischen einem sowjetisch beherrschten Machtgebiet und einem amerikanisch beherrschten Machtgebiet existiert auch weiterhin nicht.

Vielmehr ist Russland weitestgehend isoliert, denn auch Indien und die Volksrepublik China haben eher Bauchschmerzen mit diesem Angriffskrieg. So sprach sich der chinesische Verteidigungsminister Wei Fenghe jüngst dafür aus, statt einer militärischen, eine politische Lösung zu finden. Russland ist darüber hinaus auch nicht die Supermacht. Ja, Russland ist Atommacht, aber dennoch eine Regionalmacht; ökonomisch gesehen eher zwischen Italien und Spanien anzusiedeln.

Eine neue Dimension globaler Vernetzung

Vielfach unterschätzt wird auch die globale Vernetzung, die es zu Zeiten des Kalten Krieges so nicht gab. Russland ist massiv in den Welthandel eingebunden. Zwar verfügt Russland über Hochtechnologiewaffen. Sie arbeiten jedoch mit westlichem Zubehör (Mikrochips) und diese kann das Land durch die verhängten Sanktionen nicht mehr beziehen. Damit ist es nur eine Frage der Zeit, wie lange die russischen Streitkräfte noch über funktionierende militärische Kapazitäten verfügen, denn auch der Nachbau notwendiger Waffen dürfte unter den Sanktionen und ohne Unterstützung russischer Partner schwierig werden.

Dass in Russland nach dem Rückzug der Fast-Food-Kette McDonald's nun ein eigenes russisches Pendant eröffnete, zeigt beispielhaft, wie sehr die russische Gesellschaft selbst in der globalisierten Welt angekommen ist. Langfristig wird das russische Regime gezwungen sein, ein Leben nach westlichen Standards in gewisser Form weiterhin zu ermöglichen. Auch das dürfte durch die Sanktionen schwieriger werden.


Die Veränderungen, die wir in Zukunft sehen werden scheinen sich also auf die Frage zuzuspitzen, welche geopolitische Ordnung wir insgesamt in der Zukunft

sehen werden und welchen Umgang die Europäische Union, die NATO, der Westen insgesamt mit Russland in Zukunft pflegen sollte. Wenn man hier eine Art Trennlinie ziehen wollte, dann wohl zwischen den beiden Polen „freiheitlich, demokratisches Europa“ auf der einen Seite und möglicherweise ein „agressiv-autokratisches“ Russland auf der anderen.

Sicherheitsverständnis, Achtung der Menschenrechte und Diplomatie

Auch die Antwort auf die Frage nach einer Zeitenwende für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik selbst sollte in der Debatte wieder verstärkt mit rationalen und sachlichen Argumenten gefunden werden. Die deutsche Außenpolitik war, ist und wird auch künftig von Kontinuität geprägt sein und sich an den Linien und Maßstäben orientieren, die eingangs in diesem Kommentar skizziert wurden: Ein umfassendes Sicherheitsverständnis, die Achtung der Menschenrechte, Diplomatie als erstes Mittel der Wahl, ein von demokratischen und multilateralen Werten getragenes Handeln. Ein Bruch mit diesen Traditionen ist gegenwärtig nicht erkennbar.

Unstrittig bedeutet der völkerrechtswidrige Angriff Russlands in der Ukraine, aber auch andere Aspekte wie beispielsweise ganz zentral der Klimawandel und durch ihn ausgelöste hybride Herausforderungen für eine Gesellschaft (Gesundheit, ökonomische Lieferketten) oder das zunehmende Bewusstsein für Minderheiten in Konfliktgebieten einen veränderten Handlungszwang.

Man müsste damit eher von einem neuartigen Verständnisprozess sprechen, in dem sich die deutsche Zivilgesellschaft an sich und eben auch die deutsche Außenpolitik befindet. Der – durchaus berechtigte – Wunsch nach einem sichtbarerem präventiven Erscheinungsbild deutscher Außenpolitik, um für die existierenden Probleme adäquate Antworten zu finden, findet seinen Niederschlag – hoffentlich – im Laufe der Zeit: im Wachsen und Wandel der Generationen. Dann würde aus der Zeitenwende eine echte Zeitenwende. 

Anja Opitz

Die Frage nach der Zeitenwende stellten Jörg Siegmund und Anja Opitz gemeinsam mit Ed Turner von der International Association for the Study of German Politics im Rahmen ihrer Tagung „Neue deutsche Außenpolitik?“ im Mai 2022.

Audiotipp

Audiokommentar zur historischen Einordnung von Michael Mayer unter:
bit.ly/Krieg_Ukraine



Der Brüssel-Effekt

Die EU als leiser Hegemon im globalen Konzert der konkurrierenden Mächte?

Die Europäische Union hat das Image eines Bürokratiemonsters, das sich oft in kleinlichem nationalegoistischem Streit ergeht. So wird ihr zum einen eine scheinbar sinnlose Regulierungswut attestiert und zum anderen politische Ohnmacht – vor allem dann, wenn es gilt, Krisen Herr zu werden, schnell auf internationale Herausforderungen zu reagieren und insgesamt den Weltmächten außen- und sicherheitspolitisch auf Augenhöhe zu begegnen. Doch werden hiermit ihre Machtfülle und Potenzial unterschätzt.

Vielmehr hat sich die Union in aller Stille zum globalen Taktgeber entwickelt: Sie ist nicht die charismatische Führungsmacht, nicht eine militärische Supermacht, nicht eine diplomatische Gestaltungsmacht, sondern ein ökonomischer und handlungspolitischer Player und vor allem eine regulatorische Großmacht, die das Leben auf dem Globus wesentlich mitgestaltet.

EU als globaler Taktgeber?

EU-Regelungen werden durch Marktmechanismen zu weltweiten Standards und insgesamt erfährt das europäische Rechtsverständnis internationale Geltung: Die EU setzt Kriterien fürs Wirtschaften und Produzieren ebenso wie fürs Konsumieren und zunehmend fürs Zusammenleben. So titelt der Economist, dass die Globalisierung heute eine Europäisierung sei. Und die Rechtswissenschaftlerin Anu Bradford beschreibt mit dem Brussels Effect, wie die EU die Welt regiert. All das war noch vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der die Weltordnung durcheinanderwirbelt.

Hat die EU tatsächlich das Potenzial, die kulturprägende Kraft des 21. Jahrhunderts zu werden? Reicht die normsetzende Wirkung aus, um zum globalen Hegemon zu avancieren? Oder müsste die EU hierfür eben

nicht nur der Regulator, sondern auch ein Gestalter mit globalen Ansprüchen werden – was ebenso Innovationen und Produktion in der digitalen Ära einschließt? Scheitern diese „leisen“ Weltmachtambitionen – gerade heute – an der fehlenden außen- und sicherheitspolitischen Hardpower Europas?

Europas Aufstieg auf die Weltbühne

Europas globales Einflusspotenzial erwuchs auf dem Nährboden der regelbasierten, wertegestützten Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Der Niedergang der kommunistischen Diktaturen und mit ihm die Auflösung des ideologischen Dualismus läutete mit Herfried Münkler (Humboldt-Universität zu Berlin) die Ära eines normorientierten Institutionalismus ein. Folge war die Umgewichtung von Machtkategorien, die globale Geltung bedingen: Die Relevanz militärischer Macht wurde zur „Restgröße der alten Ordnung“. Mit der Friedensdividende rückten vielmehr ökonomische, kulturelle und politische Machtsorten in den Vordergrund. Zugleich verdichtete sich international die Verflechtung und mit ihr wuchsen global Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten, die im Sinne eines Positivsummenspiels Grundlage gegenseitigen Vertrauens wurden, so Münkler. Es entstand ein Umfeld, das für die EU und ihr globales Handeln wie zugeschnitten erschien.

Dem Brüssel-Effekt auf der Spur

Angelpunkt des sogenannten „Brüssel-Effekts“ ist der gemeinsame Binnenmarkt, durch den die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten zum größten integrierten Markt aufgestiegen ist. Diese Marktmacht führt in Verbindung mit den hohen EU-Standards dazu, dass europäische Regelungen und Normen in ihrer Wirksamkeit oft über das Territorium der Union ausstrahlen.

Denn um am harmonisierten europäischen Markt teilnehmen zu können, müssen angebotene Produkte und Dienstleistungen den „im globalen Vergleich ambitionierten europäischen Spielregeln und Bestimmungen“ entsprechen, erklärt Walther Michl (Universität der Bundeswehr München). Vor allem Unternehmen aus Drittstaaten stehen unter Druck. Wollen sie in Europa Fuß fassen, müssen sie sich an die Vorschriften der Union anpassen – zumindest in wichtigen Teilbereichen wie der Produktsicherheit. Dabei stehen global aktive Unternehmen vor der Entscheidung, „ob sie verschiedene Produktlinien für EU- und Nicht-EU-Märkte etablieren oder ob sie sich generell



Außenansicht auf das Europäische Parlament in Brüssel, eines der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments, offizieller Sitz ist Straßburg.
© iStock/Teka77

an die hohen EU-Standards anpassen“. Aus Kostengründen überwiegt oft die zweite Option, wodurch europäische Standards auch außerhalb der Union als Maßstab herangezogen werden. Und indem zugleich die EU ihre Regulierung durch die fortschreitende Integration auf zusätzliche Politikfelder ausweitet, nimmt auch die Breite des „Brüssel-Effekts“ stetig zu. Mehr noch: Europäische Bestimmungen, die gerade in Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz hohe Standards sowie neuerdings im Bereich des Digitalen (siehe Seite 19) verankern, werden mitunter auch von Staaten und Unternehmen adaptiert, welche nicht direkt im europäischen Hoheitsgebiet operieren: im Sinne einer Vorbildfunktion der europäischen Normen und des von ihnen gewährleisteten Schutzniveaus.

Strahlkraft europäischer Digitalpolitik

Vor allem der europäische Datenschutz gilt nach Julia Pohle (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) als Paradebeispiel, wenn es um den globalen Infektionseffekt von EU-Regelungen geht. Die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gilt zum einen in vielen Weltregionen als Inspiration, wenn Staaten die Privatsphäre des einzelnen (neu-)regulieren: sei es z. B. Indien, seien es US-amerikanische Bundesstaaten. Zum anderen setzen Plattformen und Tech-Unternehmen wie Google, Facebook oder Amazon EU-Regelungen auch in anderen Teilen der Welt um – auch wenn dies oft mehr aus Skalierungs-, Transparenz- und Kostengründen erfolgt als aus der normativen Überzeugung. So habe sich auch

der Meta-Chef Mark Zuckerberg geäußert, dass Brüsseler Richtlinien weltweit gelten sollten, weil sie einiges leichter machten. Einen ähnlichen Brüssel-Effekt erwartet Pohle im Kontext des gegenwärtigen EU-Regulierungspakets für Online-Plattformen, v. a. beim Digital Markets Act und beim Digital Services Act. Den Grund hierfür sieht sie in der weltweiten Vorreiterrolle der EU bei der regulatorischen Kontrolle der Plattformwirtschaft in Verbindung mit der Marktmacht Europas und der (relativ) hohen Schutzwirkung der europäischen Normen. Schließlich trägt zu der starken Außenwirkung europäischer Digitalnormen die Tatsache bei, dass die EU diese Aspekte stärker als andere Partner in Handelsabkommen platziert: auch wenn dies weniger im Sinne der Liberalität erfolge als vielmehr im eigenen Interesse, für sich vorteilhafte Restriktionen zu etablieren.

Außenwirkung des europäischen Klimaschutzes

Ein weiteres Gebiet mit starker exterritorialer Wirkmacht stellt der europäische Klimaschutz dar, wie Benjamin Görlach vom Berliner Ecologic Institut ausführt. Zuerst ist dies bezeichnenderweise der Emissionshandel, der konzeptionell an US-amerikanischen Universitäten entstanden ist. Allerdings waren die ersten, die dieses Politikinstrument auf den Klimaschutz angewendet haben, vor knapp 20 Jahren die Europäer. Seither haben von Mexiko über Südkorea bis China eine Reihe von Ländern ähnliche Systeme auf den Weg gebracht, einige weitere arbeiten daran. Vor allem die An-



kündigung der EU, im Rahmen des Maßnahmenpakets „Fit for 55“ einen Klimazoll einzuführen, bewegt viele Staaten dazu, selbst CO₂-Preise zu bemessen, um diesen Zoll nicht entrichten zu müssen.

Als weitere positive Externalität verbucht Görlach die europäische Politik im Bereich der Erneuerbaren Energien, auch wenn diese mehr auf einzelne Mitgliedstaaten wie etwa Dänemark, Deutschland oder Spanien als auf die Union selbst zurückzuführen ist. Die politische Unterstützung in diesen Ländern war entscheidend für die technologische Entwicklung bei Wind und Sonne, und für die verbundene Kostendegression, wodurch in der Folge Erneuerbare zur günstigsten Form der Stromerzeugung geworden sind – und das weltweit. Europa hat hier gezeigt, wie es Technologieentwicklung global beeinflussen und voranbringen kann, und zugleich auch den Regulierungsrahmen mit exportiert.

Globale Gesundheit als nächster europäischer Impuls

Auch in der globalen Gesundheitspolitik öffnet sich zunehmend ein Gelegenheitsfenster für europäische Impulse, so die Beobachtung von Doris Dialer (Head of Health & Consumer Affairs bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU). Zum einen stellt die globale Gesundheit für die EU ein Querschnittsthema mit globalem Anspruch dar, welches sie angesichts ihrer führenden Rolle im internationalen Handel, in der globalen Umweltgovernance und in der Entwick-

lungshilfe sozusagen durch die Hintertür verankert. Zum anderen ist durch den angekündigten Rückzug der USA aus der WHO der Einfluss der EU in den Lenkungsgremien dieses prominentesten internationalen Akteurs nochmals gestiegen. Ein Beispiel hierfür ist die Erklärung zur dringenden Notwendigkeit eines „internationalen Pandemievertrags“ als Reaktion auf die COVID-Krise, der 2021 vom Präsidenten des Europäischen Rates und einer Gruppe von 26 Staats- und Regierungschefs initiiert wurde und der bis 2024 unter dem Dach der WHO als „Internationaler Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge“ verabschiedet werden soll.

Und was ist mit den (europäischen) Werten?

Die Verfassungsrechtlerin Gertrude Lübke-Wolff (Universität Bielefeld) sieht in dem Brüssel-Effekt eine empirisch fundierte Gegenerzählung zu den Abgesängen auf die EU, die man in den letzten Jahren allenthalben vernehmen konnte. Allerdings reiche sie nicht als Narrativ aus, „um sich an ihm aufzurichten“. Sie basiere auf Marktmechanismen und schöpfe ihre Wirkkraft aus der wirtschaftlichen Attraktivität des Binnenmarktes. Darüber hinaus habe sie keine tiefere Essenz. Keinesfalls kann und sollte der Brüssel-Effekt gezielt um einen bewussten Werte-Export erweitert werden.

- Erstens bestehe bei Werten kein den Marktmechanismen vergleichendes Durchsetzungspotenzial. Für Jürgen Neyer (Europa-Universität Viadri-

na Frankfurt an der Oder) ist jegliche „Strahlkraft jenseits des Marktes ein Mythos“. Sie erfordere Empfangsbereitschaft, die so nicht vorausgesetzt werden kann. Daher stellen für Neyer Konzepte der „Normative Power“ mehr ein Wunschdenken dar, als dass sie zu Instrumenten einer Realpolitik taugen.

- Zweitens stellte grundsätzlich der Versuch, Werte herauszutragen, eine riskante Strategie dar: Er würde zum einen Gefahr laufen, Ressentiments zu schüren. Sehr schnell gelangt man in den „Verdacht des Kolonialismus, der ideologischen Waffenführung oder des Konfrontationsmodus“, so die ehemalige Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Angelika Nußberger (Universität zu Köln). Alternativ könne die „Strahlkraft europäischer Werte zynisch pervertiert werden“, wie uns heute anschaulich Wladimir Putins Begründung des russischen Kriegs gegen die Ukraine verdeutlicht.
- Drittens können Narrative und Werte eben nicht einfach so transportiert werden, wie wir es uns vorstellen, geschweige denn internalisiert werden. Ein Beispiel ist für Neyer die Osterweiterung der Union und noch bezeichnender die Nachbarschaftspolitik, wo manche Akteure an den gemeinsam Werten, zu denen man sich gar gemeinsam verpflichtet habe, hadern.

- Und dies ist auch der vierte Punkt: Trägt man Werte feierlich nach außen, müsse man auch selbst nach ihnen leben und agieren. Nicht nur Polens und Ungarns faktisch ungeahndeten Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit entziehen hier der EU die Grundlage einer solchen Anspruchsstellung gegenüber Drittstaaten. Alles andere zeugte von einer „heuchlerischen Doppelmoral der Europäer“, so Kiran Klaus Patel (Ludwig-Maximilians-Universität München).

Europas weltpolitische Ambitionen: kein Hegemonialstreben

Was folgt daraus für Europas Außenpolitik? Sie wäre falsch konzipiert und verstanden, wenn sie einem Hegemonialstreben folgte. Nach Christine Landfried (Universität Hamburg) sollte vielmehr eine „internationale Handlungsfähigkeit“ im Fokus stehen, die – bei aller gegenwärtiger Weltunordnung – einen demokratischen und werteorientierten Multilateralismus hochhält. Dabei sollte die EU insbesondere auch für ihr Versprechen einstehen, durch Integration und durch Kooperations- und Umverteilungsmechanismen die negativen Effekte der Globalisierung abzufedern. Dazu ist es durchaus berechtigt, mit Augenmaß und ohne falsche Erwartungen einen Wertekurs zu fahren – zumal in der heutigen illiberalen Welt. Doch dies set-



März 2020: Ein Blick auf das Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel.

© iStock/keremberk

ze mit Patel zuerst eben voraus, dass man hinterfragt, wie man selbst zu den Werten steht; und dass man diejenigen Werte, die man proklamiert und einfordert, auch selbst überzeugend lebt. Das dies durchaus funktionieren kann, sieht man exemplarisch an dem „Exportschlager“ der 1990er Jahre, als die vier europäischen Grundfreiheiten von der Afrikanischen Union übernommen und ähnlich auch von der Eurasischen Wirtschaftsunion kopiert worden sind, so Nußberger.

Normative Ansprüche heute eine Luftnummer?

Um auch künftig als glaubhafter Akteur auftreten zu können, könne und dürfe die Union nicht alleine auf die Marktmechanismen und den Brüssel-Effekt setzen. Denn die EU habe sich längst vom Binnenmarkt zu einer politischen Ordnung weiterentwickelt, die eben nicht mehr nur an Marktkriterien und regulatorischer Macht bemessen werden könne, sondern vor allem an ihrer eigenen demokratischen Qualität.

Dadurch wachsen normative Ansprüche. Zu diesen zählen mit Landfried ebenso die Besinnung auf demokratische Werte wie Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Solidarität wie die Stärkung der Legitimationsgrundlage europäischer Politik: „Die weitreichenden Kompetenzen der EU brauchen eine demokratische Basis.“ Es sei Zeit, diese Desiderate im Rahmen eines neuen Konvents demokratisch zu klären. Hierzu gehöre auch die Neubestimmung der EU einschließlich der zu verfolgenden Kriterien ihres außenpolitischen Handelns. Heute würde zwar „viel normativ geredet, aber es fehlt der glaubhafte Unterbau“, so auch Herfried Münkler.

Ende der regelbasierten, wertegestützten Weltordnung?

Neben dem europäischen Demokratiedefizit, den drängenden institutionellen Reformfordernissen und den immer wieder zu beobachtenden nationalen Egoismen, die ein einheitliches Vorgehen erschweren, sind es vor allem die heutigen Umbrüche der internationalen Ordnung, die die künftige Tragkraft des Brüssel-Effekts infrage stellen

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt die hohe Vulnerabilität der regelbasierten, wertegestützten Weltordnung vor Augen. Sie kann nur dann funktionieren, wenn alle relevanten Akteure an ihr interessiert sind. Heute aber gilt mehr denn je: „Wer eine Weltmacht sein will, ist angewiesen, über alle vier Machtsorten zu verfügen: Neben der ökonomischen, politischen und kulturellen Macht muss man auch militärische Handlungsfähigkeit ausstrahlen. Ansonsten ist man von der jeweiligen Konstellation abhängig“, so

Münkler. Für den Westen im Allgemeinen und die EU im Besonderen bedeute dies heute die unabdingbare Aufwertung der militärischen Komponente, wolle man nicht Verfügungsmasse der anderen werden. So zitiert der Europaparlamentarier Markus Ferber bejahend das Handelsblatt, das „in Brüssel [...] viele Sprachen gesprochen“ sieht, „nur nicht die Sprache der Macht“. Doch verdeutlicht Münkler auch umgekehrt, dass militärische Macht nur für einen bestimmten Zeitraum wirksam ist. Die nachhaltigere Macht ist die wirtschaftliche – weshalb auch der regelbasierte Ansatz Europas nicht verpufft, vorausgesetzt die Union konzentrierte sich eben nicht ausschließlich auf ihre Regelpolitik.

Die europäische Regelpolitik hat Zukunft, wenn ...

Heute wird mehr denn je ersichtlich, dass die EU für die Wahrnehmung einer weltpolitisch relevanten Rolle besonders auch einer handlungsfähigen Außen- und Sicherheitspolitik bedarf. Diese ist zwar europarechtlich und -vertraglich relativ weit geregelt, doch „in der Umsetzung knarzt es“, so auch Markus Ferber. Die Union würde von außen nicht als relevanter Partner wahrgenommen. Man müsse hier schnellstmöglich von der Einstimmigkeit Abstand nehmen, denn „27 nationale Interessen und mit ihnen Veto-Stimmen gehen in der Außenpolitik nicht“. Neben dem einheitlichen Auftritt müsse zudem eine Einigung über gemeinsame bzw. konzertierte Beschaffung von Rüstungsgütern erfolgen und schließlich wäre das Ziel einer europäischen Armee zu verfolgen, die die „ineffektiven Fähigkeiten der 27 nationalen Armeen“ ersetze.

Zur Handlungsfähigkeit nach außen benötigt es vor allem einer inneren Einigkeit. Um diese zu erlangen, braucht die europäische Ebene „wenige, aber eigene Kompetenzen, um nationale Egoismen zu überwinden“. Eine der drängenden Aufgaben ist hier etwa ein integrierter Energiebinnenmarkt.

Die Ereignisse in der Ukraine sollten insofern weniger zu einem (vor-)schnellen Abgesang auf die regelbasierte Ordnung verführen. Vielmehr könne und müsse der demokratische und wertebasierte Multilateralismus durchaus auch künftig ein anzustrebendes Leitbild europäischer Politik bleiben, so das Fazit der Konferenz.

Der Brüssel-Effekt ist dabei ein relevanter Hebel unter vielen. Unabdingbar aber sind zum einen die Stärkung des demokratischen Fundaments der EU und ihre strategische (Neu-)Ausrichtung unter der Beteiligung der Unionsbürgerinnen und -bürger; zum anderen die eigene glaubhafte und bedingungslose Orientierung an den gesetzten Normen und den proklamierten Werten.



Andreas Kalina



Von links: Bijan Kaffenberger, Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Mechthild Marie Kaub, stellvertretende Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates, Katja Wildermuth, Intendantin des Bayerischen Rundfunks, Frank Rosengart, ehemaliger Sprecher des Chaos Computer Clubs und Tobias Geißner-Donth von der ARD. ZDF medienakademie diskutierten mit den Teilnehmenden über die Zukunft des ÖRR.

© Bures (APB)

Neue Formate für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Netflix, YouTube und Co. überbieten das Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in vielen Bereichen. Trotzdem können sie seinen Platz nicht ersetzen und gerade in Krisenzeiten wird deutlich, dass seine Existenz notwendig ist. Die öffentlich-rechtlichen Sender brauchen Innovationen.

„In Krisenzeiten zeigen Nutzerinnen und Nutzer großes Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“, sagt Christina Holtz-Bacha von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Egal ob Corona-Pandemie oder Ukraine-Krieg, es sind nicht die neuen Medien, sondern die altbekannten öffentlich-rechtlichen Sender, über die sich Menschen in Krisenzeiten informieren. Trotzdem ernten sie Kritik: Zu teuer die Beiträge, zu ähnlich die Programme und zu staatsnah die Gremien. In der digitalen Gesellschaft hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Platz noch nicht gefunden, meint 1Live-Gründer Jochen Rausch. Netflix und YouTube überbieten ihn mit Inhalten, die zu jeder Zeit an jedem Ort mit dem Smartphone abgerufen werden können. Was muss sich also ändern, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk attraktiver und zeitgemäßer zu gestalten? Im

Rahmen der Tagung „Zeitgemäßer öffentlich-rechtlicher Rundfunk (?)“ der Akademie für Politische Bildung haben erfahrene Medienschaffende und interessierte Nutzerinnen und Nutzer neue Konzepte und Formate erarbeitet. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten suchten sie in Workshops nach Ideen, entwickelten diese weiter und präsentierten sie einer Jury um BR-Intendantin Katja Wildermuth.

Ehrenmensch:

Politische Bildung als Daily Soap

Die siegreiche Gruppe sieht vor allem die zunehmende Politikverdrossenheit von Jugendlichen als Problem und 14- bis 18-Jährige als rundfunkfern. Um dem entgegenzuwirken, hat sie eine „Ehrenmensch“, eine Unterhaltungsserie mit politischem Bildungsaspekt, für diese Altersgruppe entwickelt. Die Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgen den Alltag einer Schulklasse, die sich während des Jahres mit verschiedenen sozialen und politischen Themen auseinandersetzt. Beispielsweise erkrankt die Oma eines Protagonisten an Corona und muss stationär behandelt werden. Die Jugendlichen lernen, wie sie mit dieser Situation umgehen und weshalb die Einhaltung von grundlegenden Vorsichtsmaßnahmen wichtig ist. Außerdem macht die Serie auf Programme wie die Tagesschau oder die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender aufmerksam, indem die Charaktere diese Medien konsumieren und die zuschauenden Jugendlichen neugierig machen.

Um die Serie bekannt zu machen, ist eine Kooperation mit Influencerinnen und Influencern aus beliebten Portalen wie YouTube oder TikTok geplant – zum Beispiel in Form von Gastauftritten in der Serie oder über Werbung auf deren Kanälen. Die Serie soll zum einen den Bezug junger Menschen zu den öffentlich-rechtlichen Medien stärken und zum anderen ihr Interesse für politische und gesellschaftliche Themen wecken. Die Idee zur Sendung „Ehrenmensch“ wurde von der Jury, bestehend aus Katja Wildermuth, Intendantin des Bayerischen Rundfunks, Bijan Kaffenberger, Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Mechthild Marie Kaub, stellvertretende Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates, Frank Rosengart, ehemaliger Sprecher des Chaos Computer Clubs und Tobias Geißner-Donth von der ARD.ZDF medienakademie, zur Gewinneridee gekürt. Das Team bekommt im kommenden Jahr die Möglichkeit, sein Projekt in einer weiteren Veranstaltung zu vertiefen und die Umsetzung zu planen.

Joker-Budget:

Formatentwicklung als Casting-Show

Doch auch andere Ideen aus der Veranstaltung haben das Potenzial zur Erneuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Bei Joker-Budget wird ein gewisser Prozentsatz der Rundfunkbeiträge – vorgeschlagen wurden etwa zwei Prozent – einer Jury aus der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt, die entscheidet, wie und wofür dieses Geld im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingesetzt wird. Der Entwicklungsprozess selbst findet bereits im Rahmen einer Sendung statt. Vergleichbar mit einer Casting-Show bekommen verschiedene Projekte die Möglichkeit, sich vorzustellen und ihre Ideen im Verlauf der Sendung weiterzuentwickeln. Dabei fallen nacheinander schlecht umsetzbare und unbeliebte Projekte aus dem Rennen. Zum Schluss entscheiden die Zuschauerinnen und Zuschauer mit, wer das Joker-Budget gewinnt. Die Sendung macht das Publikum bereits neugierig auf das Endprodukt und dient als Werbung für das Format, das daraus entsteht.

Fake-Check:

Faktencheck im Abendprogramm

Beim Fake-Check handelt es sich um ein abendliches Fernsehprogramm, welches in regelmäßigen Abständen ausgestrahlt wird und Falschinformationen thematisiert, die im Internet kursieren. Journalistinnen und Journalisten entlarven mit kritischem Blick Desinformation und erklären, wie diese entstanden sind. Besonders wichtig ist der Teil, in dem sie begründen, warum die Informationen falsch sind und das auch mit nachvollziehbaren Fakten und Expertise belegen.

Der ARD-Publikums-Pool:

Per App zum Wunschprogramm

Eine andere Gruppe schlägt die Entwicklung einer App vor, des ARD-Publikums-Pools – kurz Die APP. Sie soll die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbessern. Nutzende geben freiwillig Daten wie Alter, Geschlecht und Beruf an und nehmen an Umfragen teil. Die Sender erhalten regelmäßig Zustimmungswerte zu ihren Angeboten und können Meinungen über geplante Projekte erfragen. Wichtig ist, dass die Rückmeldungen in der weiteren Umsetzung der Formate beachtet werden, um die Nutzerinnen und Nutzer der App weiterhin zur Beteiligung zu animieren. Letztere profitieren davon, dass sie ihre Vorlieben zum Ausdruck bringen und Einfluss auf die Gestaltung des Programms nehmen können. Auch die App wird es jedoch schwer haben, diejenigen zu erreichen, die ohnehin keine Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nutzen. Um sie zur Teilhabe zu bewegen, müssten weitere Anreize geschaffen und verdeutlicht werden, dass mithilfe der App in Zukunft dasjenige im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gezeigt wird, was die Nutzenden sehen wollen. Eine andere Gruppe empfiehlt den Produzentinnen und Produzenten ebenfalls, in einen Diskurs mit den Konsumentinnen und Konsumenten zu treten, um das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks innovativer zu gestalten. Zur Umsetzung braucht es idealerweise eine neutrale Moderation und den Willen, zuzuhören und Kompromisse einzugehen.

Publikum und Redaktion im Austausch

Ähnlich ist die Idee, Menschen mehrere Tage – am besten eine Woche – in Redaktionen einzuladen und über die verschiedenen Schritte zur Umsetzung eines Programmes aufzuklären. Nutzende bekommen so die Möglichkeit, journalistische Abläufe zu begleiten und sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, indem sie ein Stimmrecht in Konferenzen bekommen. Damit soll mehr Transparenz geschaffen werden. Medienschaffende und Nutzende können gemeinsam nach Wegen suchen, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk interessanter und innovativer zu gestalten. Gleichzeitig wird für mehr Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit unter den Bürgerinnen und Bürgern gesorgt. Um auch Jugendliche zu erreichen, spielt Social Media bei der Umsetzung und Werbung eine große Rolle.



Sarah Bures

Linktipps

Zur Glaubwürdigkeit der Medien 2020:
bit.ly/Infratest-dimap-Medien

Der Bericht eines Teilnehmenden: bit.ly/Das_Filter

Streaming, Podcasts, Social-Media – die Zukunft der Wissenschaftskommunikation?

Die Wissenschaft möchte ihre Erkenntnisse einem breiten Publikum zugänglich machen. Doch welchen medialen Kanälen und Strategien soll man sich bedienen? Ständig stehen neue Kommunikationsformen zur Verfügung. Wer meint, mit den klassischen Social-Media-Plattformen sei dieser Prozess abgeschlossen, irrt. Podcasts sind aus dem Bereich der Wissenschaftskommunikation kaum mehr wegzudenken – in Zukunft vielleicht sogar das „Streaming“.



Wissenschaftliche Erkenntnisse können den Alltag vieler Menschen bereichern. Der Allgemeinheit zu erklären, wie und warum ein Roboter wie dieser von DLR konstruiert und programmiert wird, ist beispielhaft für den Bereich der Wissenschaftskommunikation.

© DLR

Diesem Themenbereich widmete sich eine Tagung in unserer Akademie. Zu Gast waren, neben Kommunikationsstrateginnen und -strategen wie Ralf Röcher vom Alfred-Wegener-Institut, Forschende wie Hannah Jörg von der Hochschule Landshut und Amrei Bahr, die insbesondere durch ihre Twitteraktion #IchBinHanna Bekanntheit erlangt hat. Auch eine kritische Perspektive durfte nicht fehlen. So schilderte der Redakteur Till Krause den Missbrauch der Wissenschaftskommunikation, wenn falsche Inhalte unter dem Label der Wissenschaft veröffentlicht werden.



Amrei Bahr über Herausforderungen der Wissenschaftskommunikation in Sozialen Medien

Die zentrale Frage, welche medialen Kanäle bei der Wissenschaftskommunikation idealerweise bespielt werden sollten, tauchte während der Tagung immer wieder auf. Drei Referierende gingen daher besonders auf verschiedene Kommunikationsformen ein. Daniela Nase, zuständig für die Leitung der externen Kommunikation am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, beantwortete zu Beginn die wichtige Frage nach dem Grund der Wissenschaftskommunikation.

Warum kommunizieren Forschende?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Interesse daran mitzuteilen, wie das System Wissenschaft funktioniert, wie ihre Arbeit im Detail abläuft, oder mit welchen Problemen und Misserfolgen sie täglich konfrontiert sind. Zusätzlich überwiegt heute an vielen Stellen die Überzeugung, dass immer etwas von Seiten der Öffentlichkeit zurückkommen kann. „Es muss die Begeisterung für die Wissenschaft geweckt werden, denn Wissenschaft braucht Nachwuchs“, so Nase. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass durch Wissenschaftskommunikation auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Probleme aufmerksam gemacht werden kann, wobei die Klimakrise ein Paradebeispiel ist. Manche Projekte sind für ihre erfolgreiche Durchführung gar selbst auf die Mitwirkung der breiten Öffentlichkeit angewiesen.



Daniela Nase: Der Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit muss gestärkt werden
© Schell (APB)

Begriffserklärung

Memes: Hauptsächlich im Internet kursierende Abbildungen mit humorvoller Absicht.

Online-Community: Gemeinschaften von Nutzerinnen und Nutzern im digitalen Raum.

Podcast: Ein Medium meist im Audioformat, welches über das Internet abrufbar ist und wiederholt abgespielt werden kann.

Social-Media: Kommunikationsmedien mit deren Hilfe Nutzer im digitalen Bereich miteinander kommunizieren können.

Streaming: Ein Verfahren zur Datenübertragung, beispielsweise von Video-Formaten, bei welchem die Inhalte zeitgleich mit ihrem Entstehen an den Rezipienten übertragen werden.

Twitter, Facebook, Instagram: Die bekanntesten Social-Media-Plattformen.

Die Wissenschaft hat daher aus vielen Gründen ein großes Interesse daran, nicht nur ausgewählte Kreise medial zu erreichen, sondern das breite gesellschaftliche Publikum. Doch welchem Medium soll man sich idealerweise bedienen? Tageszeitungen haben längst nicht mehr die Reichweite wie früher, Magazine und Journale werden nur von einem kleinen Kreis gelesen und auch TV-Beiträge erreichen eben nur potentielle Fernseh-Zuschauer. Um möglichst viele Menschen anzusprechen, erscheint daher der Bereich des Social-Media als besonders erfolgsversprechend.

Social-Media

Plattformen wie Twitter, Facebook und Instagram werden heute von fast allen wissenschaftlichen Einrichtungen bespielt. Dort kann schnell ein breites Publikum angesprochen und wissenschaftliche Inhalte in Richtung der Online-Community kommuniziert werden. Ein genauerer Blick auf diese Plattformen zeigt jedoch schnell, mit welchen Schwierigkeiten die Wissenschaftskommunikation hier konfrontiert ist. Für Nase liegt das Hauptproblem darin, dass durch die notwendige Kürze der Beiträge, der Konsument eher nur gelockt als umfassend über die Forschungsinhalte informiert werden kann. Mithilfe weiterführender Links auf die Webseite der Wissenschaftsinstitutionen kann dieses Problem zwar umgangen werden, allerdings müssen die Konsumentinnen und Konsumenten soweit vom Inhalt des Beitrags überzeugt sein, dass sie dazu bereit sind, sich dem Sachverhalt länger

zu widmen. Dafür gibt es hilfreiche Grundregeln, die es laut Nase bei der Kommunikation im Social-Media-Bereich zu berücksichtigen gilt.

Vor allem sollte darauf geachtet werden, verständlich in möglichst kurzen Sätzen zu kommunizieren und überzeugendes Bildmaterial zu verwenden. Dies dient der Vermeidung, dass die Leserinnen und Leser ermüden oder das Interesse verlieren. Wenn zusätzlich sichergestellt wird, dass ein Alltagsbezug besteht und die Informationsempfängerinnen und -empfänger sich ernstgenommen fühlen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Beitrag gut ankommt. Neben dem vermittelten Inhalt ist bei Social-Media-Kanälen auch der Dialog unverzichtbar. Er kann nur aufrechterhalten werden, wenn man mit der Online-Community in Interaktion tritt und mit ihr auf Augenhöhe kommuniziert. Weiterhin sollte beachtet werden, dass es in der Onlinewelt ständig neue Trends und Formate gibt, die besonders gut ankommen, wie zum Beispiel Memes oder ein eigener Humor. Es gilt diese im Blick zu behalten und beim Bespielen der Kanäle zu berücksichtigen, indem man auf lockere spielerische Weise bereit ist, komplexe Inhalte zu vermitteln.

Doch auch wenn Social-Media-Kanäle von den Akteuren der Wissenschaftskommunikation ideal bespielt werden, das Problem der äußerst eingeschränkten Informationsvermittlung bleibt bestehen. Vera Katzenberger von der Universität Bamberg hat sich intensiv mit Podcasts als einem weiteren Medium beschäftigt, welches, im Gegensatz zu Social-Media, auch ganz ohne Text und Bilder auskommt und aktuell so beliebt ist wie nie.

Podcasts

Rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung gibt an, Podcasts zu hören. Sie sind ein eher junges Medium im Audioformat und unterscheiden sich vom Radio insbesondere durch ihre digitalisierte Verbreitung auf Plattformen sowie ihren orts- und zeitunabhängigen Konsum. In der Kommunikationsforschung sind sie noch kaum erforscht. Was jedoch bekannt ist, ist, dass sie insbesondere junge Menschen aller Geschlechter ansprechen und immer weiter Verbreitung finden. „In den letzten Jahren gab es einen Podcast-Boom durch die Covid-19-Pandemie, die unsere Mediennutzung komplett verändert hat, wobei



Vera Katzenberger spricht von einem "Podcast-Boom" während der Covid-19-Pandemie.

insbesondere Audioformate profitieren“, stellt Katzenberger fest. Fragt man nach den beliebtesten Themen der Hörerinnen und Hörer, steht neben dem Themengebiet „Politik und Gesellschaft“ der Bereich „Wissenschaft und Technik“ auf Platz zwei. „Podcasts eignen sich daher sehr gut zur Wissenschaftskommunikation“, so Katzenberger. Insbesondere, weil bei der Vermittlung der Inhalte kaum zeitliche Grenzen gesetzt sind und man weit in die Tiefe der jeweiligen Themen eintauchen kann. Diese Themen sind meist auf eine Disziplin beschränkt, wodurch sich die Hörerinnen und Hörer einen Podcast-Kanal aussuchen können, der sie umfassend etwa über Biologie, Physik, Archäologie, oder Astronomie informiert. Die Produzenten aufwändiger Wissenschaftspodcasts sind in Deutschland hauptsächlich Akteure aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich, aber auch aus Universitäten, Zeitungshäusern oder Forschungseinrichtungen. Diese leisten durch ihre Arbeit einen großen Beitrag, dass Wissenschaft einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt werden kann.



Der Streaming-Experte André Lampe erklärt die Plattform Twitch.


Aber sind Podcasts wirklich das ideale Medium zur Wissenschaftskommunikation? Hörerinnen und Hörer haben auch hier ihre abgesteckten Interessensgebiete oder gar nicht die Zeit, sich stundenlang mit Beiträgen auseinanderzusetzen. Gleichzeitig widmen sich viele mögliche Interessentinnen und Interessenten jüngeren Alters lieber den verschiedensten On-

lineplattformen und Portalen. Um genau diese Zielgruppe anzusprechen, lohnt ein Blick auf die mögliche Zukunft der Wissenschaftskommunikation. In einem besonders interessanten Feld ist André Lampe aktiv, der seine Arbeit und Strategien an der Akademie präsentierte. Dieser Bereich kann unter dem Begriff des Streaming zusammengefasst werden.

Streaming

Laut Duden handelt es sich bei Streaming um ein „Datenübertragungsverfahren, bei dem die Daten bereits während der Übertragung angesehen oder angehört werden können“. Zu den bekanntesten Streaming-Diensten gehören Anbieter wie Netflix, Amazon-Prime, oder Disney+. Dort bestehen die übertragenen Daten ausschließlich aus Serien und Filmen. Für die Wissenschaftskommunikation könnte eine Streaming-Plattform jedoch besonders interessant sein.

Bekannt ist diese unter dem Namen Twitch. Dort kann sich jeder anmelden, bei den verschiedensten Aktivitäten filmen und dies live an ein breites Publikum übertragen. Wer nicht selbst Inhalte einbringen will, findet als passiver Part die Möglichkeit, unter verschiedensten Kategorien zu wählen und als Zuschauer zu fungieren. „Oftmals schaut man im ‚Lurk‘ nebenbei“, so Lampe. Ursprünglich lag der Fokus bei Twitch auf dem Bereich Gaming. Computerspielerinnen und Spieler filmten sich beim Spielen und ließen Zuschauende daran teilhaben. Mit der Zeit entstanden jedoch zahlreiche weitere Kategorien unabhängig vom Gaming, wie die mittlerweile größte Kategorie „just Chatting“, die der Community-Pflege dient, indem ein „Streamer“ mit seinem Publikum in den Dialog tritt. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren erfolgreiche Online-Stars und Themengebiete entstanden, um die sich verschiedenste Communities gebildet haben.

Bis jetzt ist Twitch für die Wissenschaftskommunikation ein noch unbekanntes Feld. Ob sie eine Chance hat, sich hier sichtbar und dauerhaft zu etablieren, wird die Zukunft zeigen. Lampe versucht bereits als Pionier mittels Streaming auf Twitch wissenschaftliche Inhalte zu vermitteln. Er spielt und streamt dabei Computerspiele gemeinsam mit Expertinnen und Experten der jeweiligen Themengebieten des Spieleinhalts und versucht bei der Übertragung Spiel und Wissenschaft auf fesselnde Weise personalisiert zu verbinden. „Das Diskutieren und untereinander Abwägen ist für die Zuschauer sehr spannend und bringt eine gute Resonanz“, so sein Fazit. Vielleicht bilden sich in Zukunft große Communities um Streamerinnen und Streamer wie ihn, die ihre Inhalte einem breiten, besonders jungen Publikum, regelmäßig vermitteln und dabei vielleicht selbst zu Online-Stars werden. Eine Chance für die Wissenschaftskommunikation bietet dieser Bereich auf jeden Fall. 

Lukas Schneider

New Work, Home-Office: Chancen und Risiken der hybriden Arbeitswelt

„The new normal: Die Arbeit der Zukunft ist jetzt!“ titelte die Auftaktveranstaltung zur neuen Tagungsreihe „Zukunft der Arbeit“ an der Akademie für Politische Bildung. In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) befasste sich die Hybridtagung mit der digitalen Transformation der Arbeitswelt.

Der strukturelle Wandel von der Industriegesellschaft hin zur Wissensgesellschaft ist nicht erst seit Corona voll im Gange, sondern schon seit Jahren Gegenstand der Diskussionen in Wissenschaft und Praxis. Phänomene wie das „Crowdworking“ und die „Plattform-Ökonomie“ revolutionieren klassische Arbeitsbeziehungen und Geschäftsmodelle. Allerdings wirkte die Pandemie zweifelsohne als Katalysator dieser langfristigen Entwicklungen: Innerhalb kürzester Zeit schuf Corona über die verschiedenen Wirtschaftssektoren hinweg neue Realitäten in der Arbeitswelt, und dies nicht nur lokal, sondern global.

Fokus der Tagung lag speziell auf dem Thema des dezentralen Arbeitens, Neudeutsch „Home-Office“, und auf die zeitliche Entgrenzung von Arbeit angesichts der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Wie sieht es mit den

Arbeitszeitregelungen im Home-Office und dem Arbeitsschutz generell aus, wenn Aufgaben mobil erledigt werden können? Die Arbeitswelt 4.0 stellt Belegschaften, Unternehmen, Sozialpartner und den Staat vor neue und massive Herausforderungen.

Obwohl die Pandemie nun schon in ihr drittes Jahr geht, ist die Zukunft des „Home-Office“ durchaus noch nicht in Stein gemeißelt. Studien deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Betriebe „im neuen Normal“ ihren Mitarbeitern Home-Office im Umfang von zwei bis maximal drei Tage pro Woche gewährt, sofern die Tätigkeit dezentral, bspw. von zu Hause aus, ausgeübt werden kann.

Home-Office wirbelt die Hierarchien durcheinander

Ist New Work mit seinen Ausprägungen eigentlich ein Elitephänomen? Viele Dienstleistungsberufe kommen erst gar nicht in den Genuss des Home-Office. Hierzu gehören sowohl die Chefin einer Klinik, der Forschende im Labor als auch der Pfleger in einem Altenheim oder die Pädagogin in einer Kindertagesstätte. In anderen Worten, ortsungebundenes Arbeiten ist stückweit Privileg für bestimmte Berufsgruppen, die ihren Job vor allem vom Schreibtisch aus erledigen können wie die Sachbearbeiterin oder der Sekretär. Home-Office wirbelt die Hierarchien und Kategorien von Berufsgruppen durcheinander. Im schlimmsten Fall können solche Veränderungen zu weiteren Spaltungen innerhalb der Belegschaften und der Gesellschaft führen. Personalmanagement, Mitarbeiterführung ist an dieser Stelle gefragt, damit die Transformationsprozesse keine destruktive Dynamik entfalten, sondern von den Menschen mitgetragen werden.



Home-Office: Was für die einen absolute Freiheit bedeutet, bedeutet für andere Doppel-Belastungen im Alltag

Wenn man Home-Office als Privileg versteht, mag es überraschen, dass viele Führungskräfte weiterhin eine Präsenzkultur pflegen und nicht zwingend das Home-Office nutzen, obwohl sie es könnten. Präsenz wurde in der Vergangenheit oft mit Leistungsbereitschaft gleichgesetzt. Eine weit verbreitete Unterneh-

mens- und Arbeitskultur ändert sich nicht über Nacht. Die Überwindung des Präsentismus ist ein langwieriger Prozess. Erst wenn sich das Home-Office als Standard etabliert hat, wird es nicht mehr als karrierefördernd wahrgenommen werden.

Kurioses

Der Begriff „Home-Office“ wird im englischen Sprachgebrauch in diesem Kontext nicht primär verwendet. Man spricht stattdessen von „Working from Home“, abgekürzt mit WFH, oder allgemein, „remote work“.

als getan, was die empirische Evidenz bestätigt: Home-Office geht mit mehr Überstunden einher. Ebenso löst die anhaltende Erreichbarkeitserwartung bei den Beschäftigten einen größeren Stress aus, kann aber durch klare betriebsinterne Vereinbarungen Stückweit kompensiert werden.

60 Prozent sind dafür

Trotz dieses gemischten Bilds nehmen laut repräsentativen Umfragen 60% der Beschäftigten das Home-Office als hilfreich in ihrem Arbeitsalltag wahr und möchten darauf nicht mehr verzichten. Die größere Autonomie und Freiheit in der Aufgabenausführung erweist sich als produktivitätssteigernd. Aus diesem Grund mag es nur logisch sein, dass Arbeitgeber flexible Arbeitszeitmodelle und Home-Office anbieten müssen im Wettbewerb um die besten und klügsten Köpfe. Home-Office-Möglichkeiten erhöhen die Attraktivität von Arbeitgebern. Dieser Realität können selbst traditionell geprägte Großbetriebe angesichts des vorherrschenden Fachkräftemangels nicht mehr aus dem Weg gehen.

Planbarkeit gerät unter die Räder

Die erhöhte Flexibilität, welche von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem hybriden Arbeitskontext abverlangt wird, ist nicht uneingeschränkt eine Ressource und als positiv zu bewerten. Sie kann auch zur psychischen Belastung werden, weil Strukturen und Planbarkeit im Alltag leiden. Dinge wie Selbstorganisation und Eigenverantwortung – die „Selbstverantwortlichkeit“ – rücken ins Zentrum. Mit der Vertrauensarbeitszeit geht ergebnisorientiertes Arbeiten Hand in Hand, heißt aber auch im Umkehrschluss, dass die Arbeit nicht zwingend nach 17 Uhr enden muss. Realistische Ziele setzen, Strukturieren, Pausen einlegen und Abschalten liegen in der Verantwortung des Beschäftigten. In der Hektik des Alltags ist dies jedoch einfacher gesagt

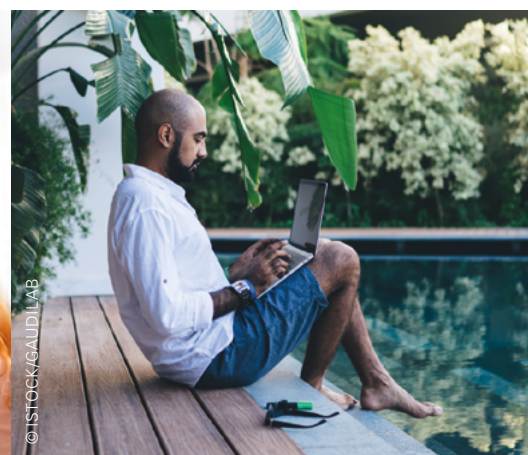
Fazit: Die Post-Corona Arbeitswelt ist hybrid. Man möchte das Beste aus den zwei Welten miteinander kombinieren. Der soziale Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen, der Wert von zwischenmenschlichen Verbindungen, der Betrieb als identifikationsstiftendes Element, der Zugehörigkeit schafft, sowie die heilsame Trennung von Arbeit und Privatleben machen den analogen Arbeitsplatz unersetzlich. Das Home-Office wieder komplett abzuschaffen, wird aber auch nicht funktionieren – und Fortschritt lässt sich kaum aufhalten.



Giulia Mennillo

Linktipp

Ein Interview zu Führung in der digitalen Welt: bit.ly/fuehrung-digital





Sie alle packen gemeinsam an: (von links) die Direktorin Ursula Münch, Iryna Bielefeld, Steffen Lehmann, Christoph Glasbrenner und Giulia Mennillo

© Winterer (APB)

Akademie packt Hilfstransporter für die Ukraine

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie haben die Ukraine mit einer Hilfslieferung unterstützt.

Die Güter wurden in der Heimatgemeinde einer Kollegin in den Karpaten an Geflüchtete aus anderen Landesteilen verteilt.

Kisten voller Konserven, Babynahrung und Verbandsmaterial: Die Akademie für Politische Bildung hat einen Hilfstransporter für die Menschen in der Ukraine gepackt. Von Tutzing ist er an die rumänisch-ukrainische Grenze gefahren, wo der Vater von Akademie-Mitarbeiterin Iryna Bielefeld die Hilfsgüter übernahm. Er ist Bürgermeister einer Gemeinde in der Karpatenukraine. Gemeinsam mit seiner Tochter hat er die Lieferung zu Hause an Geflüchtete verteilt. Die Erste-Hilfe-Ausrüstung wurde an das ukrainische Militär weitergeleitet.

Das Dorf, in dem Iryna Bielefeld aufgewachsen ist, grenzt an Rumänien und ist selbst von den Kriegshandlungen in der Ukraine nicht betroffen. Allerdings treffen bei den 6.700 Einwohnerinnen und Einwoh-

nern kaum noch Lieferungen von Lebensmitteln und Hygieneprodukten ein – dafür aber umso mehr Geflüchtete aus anderen Teilen des Landes. Diesen Menschen fehlt es an fast allem.

Da sich die meisten Hilfstransporte auf andere Regionen der Ukraine konzentrieren, hat die Akademie für Politische Bildung beschlossen, die Menschen in Transkarpatien direkt zu unterstützen. „Unsere Kollegin hat mir beim Mittagessen in der Akademie erzählt, dass es in ihrem Heimatort fast nichts mehr zu kaufen gibt. Das hat mir keine Ruhe gelassen. Ich weiß, dass unsere Lieferung nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann. Aber wir wissen auch, dass selbst das Wenige sehnlichst erwartet wird“, sagt Direktorin Ursula Münch. Sie und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie legten Spenden zusammen, orderten Lebensmittel, Babynahrung, Hygieneprodukte und Verbandsmaterial und erhielten vom Unternehmen Sixt Unterstützung bei der Miete eines Transporters. Den haben die Mitarbeiter Steffen Lehmann und Christoph Glasbrenner sowie Mitarbeiterin Iryna Bielefeld zum Treffpunkt in Rumänien gefahren.

Beate Winterer

Videotipp

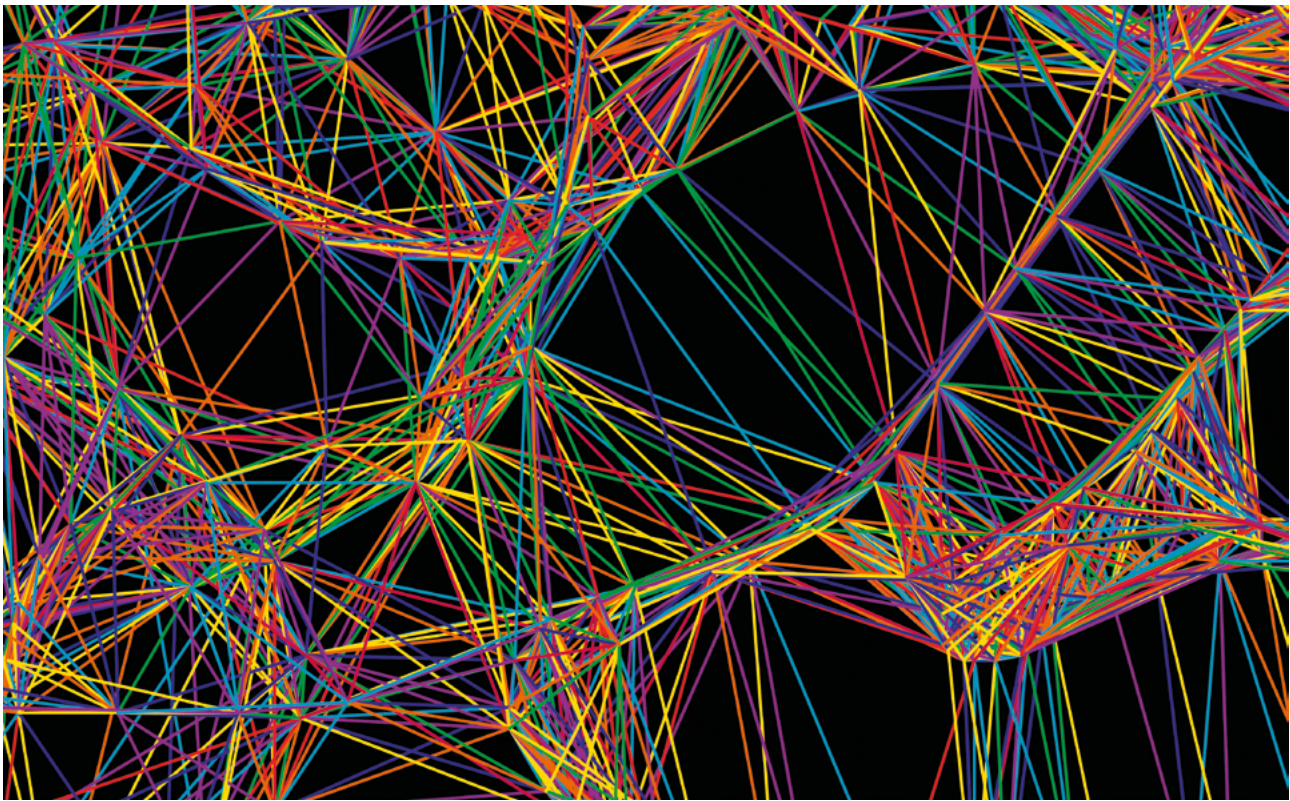
Video: youtu.be/JzvOISaA92w



Digitaler Souverän Europa?

Über den Umgang mit Abhängigkeiten in der vernetzten Welt

Das Schlagwort der „digitalen Souveränität“ ist heute en vogue: Sicher und souverän – oder abhängig? Abschottung von oder Wechselwirkung mit Wirtschaftsräumen außerhalb der Europäischen Union? Wo steht Europa bei der Entwicklung von digitalen Technologien? Was bedeutet es, digital souverän zu sein? Und: Ist das Ziel überhaupt zu erreichen? Das waren Leitfragen unserer gemeinsamen Expertentagung mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften.



Warum Netze und Vernetzung so wesentlich sind in der heutigen Zeit, wurde vielfach diskutiert in der Tagung.

© iStock/usetrick

Die Debatten um die digitale Souveränität reihen sich heute in einen umfassenderen Souveränitätsdiskurs ein, der vor dem Hintergrund drängender globaler Herausforderungen erfolgt. Diese reichen vom Klimawandel, Umweltkatastrophen und internationalen Konflikten über Migration, Mobilität, Kommunikation, Energie und Ressourcenverknappung bis zur demografischen Entwicklung und (globaler) Gesundheit, so die Aufzählung vom acatech-Ko-Präsidenten Jan Wörner.

Die grundsätzliche Herausforderung liegt darin, dass sich hier jeder (staatliche) Akteur eine autarke Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit wünsche, diese

aber in einer vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts utopisch ist. Sein Plädoyer lautet: von den illusorischen Sehnsüchten „der Autarkie, des Autismus und Alleinseins“ abzurücken und stattdessen „Kompetenz und Kooperation“ zu verbinden. Dies unterstreicht Julia Hess (Stiftung Neue Verantwortung): „Souveränität oder auch Autonomie stellen mit Blick auf die Komplexität und Diversität verschiedener Technologie-Ökosysteme kein geeignetes Politikziel dar.“ So sei etwa mit Fokus auf die transnationale, durch wechselseitige Abhängigkeiten geprägte Halbleiter-Wertschöpfungskette keine Region auf der Welt in der Lage, alle Produktions- und Prozessschritte lokal durchzuführen.

Strategische Souveränität: Ketten zu Netzen spinnen ...

Was kann also Anspruch sein? Für Wörner liegt er darin, aus den anfälligen Wertschöpfungs-, Liefer- und Innovationsketten Netze zu spinnen. Denn wenn in einem solchen System ein Akteur oder eine Verbindung ausfällt oder nicht „mitspielt“, bleiben trotzdem Stabilität und Funktionsfähigkeit gewährleistet. So erreicht man auch ohne autonom zu sein, strategische Souveränität. Diese baut auf dem Dreiklang von Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit auf, die bei jeglichen Souveränitätsbestreben im 21. Jahrhundert zwingend zusammengedacht werden müssen: egal ob es um die Sicherstellung der Energieversorgung, die Bewältigung der Klimakrise oder die Etablierung einer aktiven Sicherheitspolitik geht. Man müsse in all diesen Bereichen die Fähigkeit ausbilden, alternative Wege zu gehen, für die man nicht unmittelbar planen konnte, so Peter H. Ganten (Vorstandsvorsitzender Open Source Business Alliance – Bundesverband für digitale Souveränität).



Jan Wörner zu digitaler Souveränität und Souveränitätsdiskurs
© acatech

... dynamische Umgebung ermöglichen

Um global Impulse geben zu können oder überhaupt nur zu bestehen, bedarf es aber entsprechender Kompetenzen. Hier ist neben dem Bildungssystem insgesamt ein innovationsfreundliches Klima in Wirtschaft, Politik und vor allem Gesellschaft gefordert. Für Wörner bedeutet dies, „Faszination wecken und zur Inspiration gedeihen zu lassen; aus ihr wiederum Motivation erwachsen lassen, die letztlich zu Innovation und Kompetenz führt.“ Und hier habe Europa gegenüber anderen Weltregionen oft das Nachsehen. Denn „Souveränität ist heute ausschließlich in einer dynamischen Umgebung erreichbar und diese gründet eben auf Innovationskraft“, so acatech-Ko-Präsident und vormaliger Infineon-Vorstandschef Reinhard Ploss.

Handlungsdruck in Europa

Nachsehen habe Europa insgesamt in der Digital- und Datenwirtschaft. In einigen Bereichen digitaler Technologien dominieren derzeit nicht-europäische Plattformbetreiber und in anderen existieren unzwei-

felhaft Abhängigkeiten, wie die Halbleiterknappheit besonders eindringlich zeigt. Ähnliches lässt sich bei Schlüsseltechnologien wie 6G, Künstliche Intelligenz, beim Knowhow und bei der Infrastruktur wie z. B. Cloud-Computing beobachten, illustriert Thomas Hahn (Chief Expert Software bei Siemens AG). Das ist ein Problem – sei es in Hinblick auf die Gestaltungshoheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas, sei es hinsichtlich einer demokratischen Kontrolle der Technikentwicklung, sei es hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre des Einzelnen. Vor diesem Hintergrund erwächst der Ruf nach einer digitalen Souveränität Europas, der zunehmend von Wirtschaft, Politik aber auch Gesellschaft angestimmt wird.

„Digitale Souveränität ist allerdings in mancher Hinsicht eine Luftnummer“, stellt Julia Pohle (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) provokativ fest. Als Schlagwort habe sie viele Konnotationen und dadurch erstmal keine Essenz. Bis heute gibt es „weder auf EU-Ebene noch auf nationaler Ebene eine kohärente, übergreifende Digitalstrategie“.

„Wir müssen die digitalen Systeme gestalten können, die Einfluss auf unser Leben nehmen.“

Peter H. Ganten

Vielmehr würden allzu oft unkonkrete Verweise auf eine „digitalen Souveränität“ herangezogen, wenn es um Rechtfertigung für andere Interessen geht: sei es bei klassischen sicherheitspolitischen Anliegen sei es bei wirtschaftspolitischen Interessen. So werden digitale Themen von der EU etwa in Handelsabkommen platziert, um Positionen Nachdruck zu verleihen. Stattdessen sollte es Anspruch der Union sein, nach einem normativen Rahmen zu suchen, an dem sich europäische Digitalpolitik ausrichtet.

Räume der Beschränkungen versus Räume des Handelns

Ein analoges Defizit sieht Reinhard Ploss: „In Europa werden Räume der Beschränkungen geschaffen, nicht Räume des Handelns.“ Mit der Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung ist die Union zum weltweit relevanten Regulierer avanciert. Ebenso legen die Einigungen beim Digital Markets Act (DMA) und Digital Services Act (DSA) die Vermutung nahe, dass die Union ernsthafte zunehmenden Einfluss auf Gestalt und Agieren der globalen Tech- und

Plattform-Riesen nehmen wird. Einen solchen „Brüssel-Effekt“ (siehe Seite 5) könne man mit Christina Schmidt-Holtmann (Referatsleiterin Datenverfügbarkeit, Digitale Souveränität, SPRIND im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) bereits heute beobachten, da die EU in Sachen der Regulierung effektiv globale Maßstäbe setzt.

Doch das alles ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite – die der eigenen Gestaltbarkeit – liege aber europäisch brach. Mehr noch: „Seit der Finanzkrise 2007/08 und der Migrationskrise 2015/16 hat sich vielfach Ernüchterung, gar Enttäuschung, über die wissenschaftlich-technische Integration Europas breit gemacht“, analysiert Helmuth Trischler (Forschungsdirektor, Deutsches Museum).



Helmuth Trischler zur Finanz- und Migrationskrise

© acatech

Europa hat als integrierter Wissens- und Technikraum für die Zukunft nur dann eine Chance, wenn beide Seiten zusammengedacht werden: wenn die Regeln und Prinzipien mit digitaler Wertschöpfung einhergehen. Auch daher müsse sich die Union auf ein handlungsweisendes „Konzept einer strategischen digitalen Autonomie“ verständigen, welches im Sinne einer „weicheren Souveränität“ das anzustrebende Bild eines Digitalraums Europa umreißt und die einzelnen Schritte miteinander in Einklang setzt, so die Forderung von Pohle.

Wie sollte ein kohärentes strategisches Konzept aussehen, das – vor allem aus europäischer Perspektive – die drängenden Herausforderungen definiert, die zentralen Voraussetzungen identifiziert und gangbare Wege aus einseitigen Abhängigkeiten aufzeigt?

Datenschutz versus Datenschatz

Als Kernaspekt gilt vertrauenswürdige Dateninfrastruktur: Denn ein sicherer digitaler öffentlicher Raum ist zentral für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Er bildet die Voraussetzung für demokratischen Diskurs und Meinungsbildung. Das bedeutet die Herausforderung einer dauerhaften Verankerung europäischer Werte wie Transparenz, Offenheit und Schutz der Privatsphäre als Prinzipien auch des digitalen Raums. Das europäische Digitalpaket mit DSGVO, DMA, DAS und den noch zu folgenden Regelungen stimme in dieser Hinsicht zuversichtlich, so Matthias Brucke (embeteco). Gleichwohl fragt Ploss, ob die europäischen Ansprüche hier manchmal nicht

zu überzogen sind: „Wir haben im Online-Bereich einen viel umfassenderen Regulations- und Kontrollanspruch über unsere Daten als in unserer analogen Lebenswelt. In letzterer kann auch keiner allumfassend regeln und steuern, was über ihn wo auch immer gesprochen wird.“ Jan Wörner bringt dies mit dem „Dilemma von Datenschutz und Datenschatz“ auf den Punkt, dass einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Debatte bedürfe.

Desiderate des digitalen EU-Binnenmarkts

Um neben Regulierung und Kontrolle vor allem jene europäischen „Räume des Handelns“ zu schaffen, bedarf es der Verfügung über geeignete Technologien und Daten, „indem diese selbst beherrscht werden oder indem der Zugang zu diesen abgesichert ist – auch in Krisenzeiten“, fordert Akademiedirektorin Ursula Münch. Dafür müssten im EU-Binnenmarkt erst geeignete Rahmenbedingungen für Wettbewerb geschaffen werden. Hierzu gehöre zum einen die Skalierbarkeit von Geschäftsmodellen, Produkten und Dienstleistungen, die auf digitalen Technologien beruhen; zum anderen der Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen mit Blick auf das Risikokapitalgefälle zu den USA und auf den beschränkten Marktzugang in der Volksrepublik China.

Diesem Ziel stünden allerdings die Uneinigkeit über die Industriepolitik in Europa, das Spannungsverhältnis zwischen mitgliedstaatlichen und EU-Vorstellungen sowie eine eher innovationsaverse und kurzfristige Risiko-Minimierungsstrategie der Europäischen Kommission entgegen. Gerade hier müsse die Union umdenken und konzertiert eigene Gestaltungs- und Innovationsspielräume erschließen und ausbauen, so Lukas Klingholz (Leiter Cloud & Künstliche Intelligenz bei Bitkom). Als drängende Handlungsfelder identifiziert auch er hier:

- Etablierung und Vollendung des digitalen EU-Binnenmarktes;
- dezidierte Forschungs-, Innovations- und Industriepolitik sowie Transfer in die Praxis einschließlich der Förderung von Umsetzungsprojekten;
- Wachstumsfinanzierung für Start-Ups und junge Unternehmen sowie erleichterter Kapitalzugang für Unternehmen im Allgemeinen.

GAIA-X als digitales „Biosiegel“

Als Aushängeschild auf dem Weg zu einem souveränem Digitalraum Europa gilt das Projekt GAIA-X. Im Bereich des Cloud-Computing soll es die Grundlage für eine leistungs- und wettbewerbsfähige, zugleich

sichere und vertrauenswürdige Dateninfrastruktur liefern, wie Peter Kraemer (Projektleiter GAIA-X bei acatech) ausführt. Ziel ist es nicht einen europäischen Cloud-Anbieter zu etablieren, sondern vielmehr einen dezentralen, inklusiven Rahmen für Datenräume zu entwickeln, und dadurch Alternativen zu marktdominierenden Cloud-Anbietern wie den amerikanischen oder chinesischen Hyperscalern zu schaffen. Es geht darum, Standards zur Orchestrierung und Governance von Daten zu verankern. Als Grundprinzipien für eine solche europäische Datenarchitektur nennt Peter H. Ganten:

- Offenheit und Transparenz, sodass auch Open-Source-Anbieter mitwirken können und dabei sogenannte Lock-in-Effekte vermieden werden, indem man sich dauerhaft auf einzelne Anbieter binden muss.
- Förderbarkeit, sodass unterschiedliche Services miteinander interoperabel und kompatibel gestaltet werden und zugleich auch von Anbieter zu Anbieter portabel sind.

Die Chance von GAIA-X liegt darin, die produktive Heterogenität in Europa zu nutzen, ohne selbst zu einem Hyperscaler zu werden. Die Philosophie besteht darin, dass unterschiedliche Anbieter unterschiedliche Segmente auf der Grundlage gleicher, europäischer Standards bedienen können.



Peter Kraemer zu einem souveränem Digitalraum Europa
© Winterer (APB)

Für Matthias Brucke ist damit GAIA-X die „Blaupause für einen europäischen Appstore im Cloudbereich – und die Apps sind die Datenräume“ und für Kraemer eine Art „Biosiegel für Datenanwendungen“. Wieland Holfelder (Vice President Engineering und Leiter Entwicklungszentrum München, Google Germany) sagt gar „GAIA-X

hat die Chance, die DSGVO der Cloud zu werden“. Es sei ein richtiges und wichtiges Vorhaben, weil einheitliche Standards gesetzt würden. Abzuwarten bleibt, inwieweit dieses Projekt bei der Umsetzung den Ansprüchen gerecht wird.

Digitale Souveränität als Volkssouveränität?

„Digitale Souveränität ist das Spiegelbild der Volkssouveränität unter den Bedingungen allgegenwärtiger Digitalisierung“, bringt der IT-Jurist und Verfassungs-

richter Dirk Heckmann (Technische Universität München) auf den Punkt. Die Kernfrage laute daher: „Wie komme ich von der normativen Kraft des Faktischen zur faktischen Kraft des Normativen?“

Digitale Souveränität wäre fehlverstanden, wenn sie ausschließlich politisch von oben verordnet und vorangetrieben würde oder vorrangig durch die wirtschaftlichen Interessen der Tech-Konzerne geprägt wäre, argumentiert Jessica Heesen (Eberhard Karls Universität Tübingen). Vielmehr müsse sie partizipativ von unten erwachsen und mit Leben gefüllt werden. Ähnlich wie der Gesellschaftsvertrag bei Rousseau solle sie die Sicherung der individuellen bzw. demokratischen Selbstbestimmung unter Bedingungen der Digitalität gewährleisten. Sie ist idealerweise „ein Konzept zur gerechten Verteilung von Ressourcen und von Teilhabechancen. Ist digitale Souveränität fair verteilt, kann sie für Pluralität und Mitbestimmung in einer digitalen Weltgesellschaft stehen.“

Geostrategische Erwägungen bezüglich eines „dritten Wegs“

Wie lassen sich diese normativen Ansprüche umsetzen? Julia Pohle plädiert für eine „europäische digitale Außenpolitik“, die perspektivisch ein europäisches Modell neben dem libertären US-Modell einerseits und dem autoritären chinesischen andererseits verankert. Angelpunkte eines solchen dritten Wegs, der die digitale Souveränität stärker auf die Souveränität des Einzelnen orientiert, wären Datenschutz und -sicherheit, Vertrauenswürdigkeit und faire Marktgestaltung. Dazu gehören mit Matthias Brucke der offene Zugang zu digitalen Plattformen, die Kompatibilität der Plattformen untereinander, eine demokratisch legitimierte Kontrolle der Informationsbestände sowie steuerliche und arbeitsrechtliche Vorschriften im Sinne eines „level playing field“. Für Ursula Münch würde ein solches Modell nicht nur dem Kontrollansatz folgen, sondern auch die kulturelle Perspektive widerspiegeln, sprich „die EU als einheitliches Gebilde mit Blick auf gemeinsam geteilte Werte und damit Abgrenzung von anderen Staaten und Regionen, die ihre digitale Wirtschaft anders ausrichten und regulieren.“

Allerdings sind die Zukunftsaussichten eines solchen Ansatzes an Voraussetzungen gebunden. Da erstens sowohl das amerikanische wie auch das chinesische Modell jeweils monopolistische Plattformen und Tech-Konzerne auf eigener Seite haben, wird der europäische Gegenpart erst konkurrenzfähig, wenn der digitale EU-Binnenmarkt tatsächlich zugleich auch zum Handlungsraum mit eigenem Innovations- und Gestaltungspotenzial avanciert.

Und damit zweitens ein „ein dritter, europäischer Weg“ nach innen Legitimationspotenziale entfaltet, muss das diesem Modell inhärente Spannungsfeld zwischen Werten, Rechten und Normen einerseits und (wirtschaftlicher) Freiheit andererseits Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Aushandlungsprozesse sein – innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten wie auch auf EU-Ebene. Ebenso müsse breit debattiert werden, in welchen Bereichen man in Europa welchen Grad an Souveränität erreichen möchte, fordert Julia Hess. Denn „wir haben heute erhebliche Defizite bei dem, was erreicht werden könnte – bei zugleich großen Spielräumen“, analysiert Heckmann. Auch für Tommaso Calarco (Institutsleiter Quantum Control, Forschungszentrum Jülich) ist eine verstärkte Einbindung der Öffentlichkeit erforderlich, um vertrauenswürdige Strukturen gestalten zu können. Ohne Vertrauen drohe der Technologie eine Entpersonalisierung und damit der digitalen Gesellschaft eine Entdemokratisierung.

Unabdingbare digitale Bildung

Wenn digitale Souveränität aus europäischer Perspektive dezidiert auch als die Souveränität des Einzelnen verstanden werden soll, rückt Digital Literacy – also die Verstehenskompetenz digitaler Zusammenhänge in technologischen, politischen, sozialen und ökonomischen Bereichen – in den Vordergrund. Von ihr werden mehr denn je die Teilhabechancen am gesamten gesellschaftlichen Leben in der digitalen Ära abhängen. Für Wieland Holfelder gehört insofern „technologische Zugewandtheit als Mindset zu digitaler Souveränität dazu“. Zudem müssten auf jeder Ebene digitale und Datenkompetenzen aufgebaut werden – in Wirtschaft, Verwaltung und öffentlichem Leben: „Eine solide IT-Abteilung ersetzt Digitalkompetenzen nicht“, so Holfelder. Bislang lebten wir im Bereich der digitalen Bildung und des Kompetenzerwerbs im Untermaß, fügt Heckmann an. Das gleiche treffe auf die Wertebildung zu, wo mehr Verständigung über und Verpflichtung auf das gemeinsame Rechts- und Wertesystem vonnöten sind: „Die europäischen Werte sind zwar genormt, aber wir verlieren sie mitunter aus den Augen“. Das gilt im Allgemeinen für die Qualität der demokratischen Governance in Europa, wie die Spannungen in den Bereichen Justiz, Inneres und Migration zeigen; im Besonderen gilt es auch für die Ausgestaltung des digitalen Binnenmarkts.

Legitimationsschub durch Digitalpolitik?

Digitale Souveränität wird immer mehr Kernbestandteil der Daseinsvorsorge, ist Münch überzeugt. Doch angesichts der offenen und europäisch ungeklärten

Punkte ist für Julia Pohle eine normorientierte und wertebasierte digitale Souveränität Europas heute noch eine Illusion. Dies dürfe allerdings nicht davon abhalten, eine kohärente europäische Digitalpolitik, die auch diesen Namen verdient, zu entwickeln und entschieden zu verfolgen. Der Prozess sollte sich am Ziel einer unabhängigen digitalen Selbstbestimmung in der EU orientieren, die einen gewissen Grad an Resilienz aufweist. Nicht Abschottung von anderen Daten- und Technologieräumen, sondern vielmehr enge Partnerschaften mit eigenen Kompetenzen sollten dabei im Vordergrund stehen. Entscheidend sei es, sich die Agenda nicht von außen vorgeben lassen zu müssen, so Hess, Ganten und Schmidt-Holtmann übereinstimmend. Unabdingbar dafür ist sowohl bei den Akteuren als auch in der Bürgerschaft ein tiefes Wissen um Wechselbeziehungen, Abhängigkeiten und jeweiligen Vulnerabilitäten, was noch einmal die Bildungs- und Kompetenzdimension unterstreicht.



Von links: Peter H. Ganten, Julia Hess und Lukas Klingholz diskutieren über einen souveräneren Digitalraum für Europa.

© Winterer (APB)

Wenn es die Europäische Union mit Blick auf ihre (künftige) Digital- und Datenpolitik schafft, in Rückgriff auf die geteilten Werte und unter Einbindung der Gesellschaften wie auch der Einzelnen überzeugende Antworten auf die Ungewissheiten der digitalen Transformation zu liefern oder zumindest zum glaubhaften Orientierungstifter zu avancieren, hätte sie vielleicht den neuen Legitimationsimpuls erschlossen, den sie seit Jahren sucht. Auch das ist eine Chance der Diskussionen um die digitale Souveränität.

Andreas Kalina

Website

Das Projekt GAIA-X als europäische Cloud-AI-Alternative stellen wir auf unserer Website vor: bit.ly/gaia-x-apb



Polizei, Geflüchtete, Integration

Bayerische Polizisten informieren sich über den Megatrend Migration

Die Polizei hat in unterschiedlicher Weise mit Migrantinnen und Migranten zu tun: Migranten können Opfer und Täter von Straftaten sein. Daneben ist die Polizei ihr Ansprechpartner bei ganz alltäglichen Fragen. Eine Tagung mit dem Bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft blickte aus mehreren Perspektiven auf das Thema.

Migration hat Gesellschaft und Geschichte der Bundesrepublik von ihrer Gründung bis heute sehr geprägt. Die Polizei spielt dabei eine wichtige Rolle: Als sehr sichtbarer Repräsentant der staatlichen Ordnung ist sie für die gesellschaftliche Integration in einer Einwanderungsgesellschaft ein wesentlicher Faktor.

Polizei und Geflüchtete im Dialog

Viele Geflüchtete aus totalitären Systemen haben völlig andere Erlebnisse mit der Polizei gehabt. In ihren Heimatländern haben sie die Polizei oft als „Gewaltorgan“ oder „Missbrauchsorgan“ erlebt, so der Münchner Polizeipräsident Thomas Hampel. „Wie können wir hier als Polizei einen Zugang zu den Geflüchteten schaffen?“, fragte er. Man könne auch nicht wegdiskutieren, dass zum Beispiel nach vielen Einsätzen in Asylbewerberunterkünften Vorurteile bei der Polizei im Raum stehen. Das Projekt „Polizei und Geflüchtete im Dialog“ ist ein Baustein, um beide Seiten zueinander zu führen, berichtete Hampel. Um Stereotype und Vorurteile abzubauen, werden zum Beispiel Rollenspiele durchgeführt. Polizisten wird so anschaulich gemacht, wie sie von Geflüchteten wahrgenommen werden, und Geflüchtete streifen sich alte Polizeiuniformen über und betreten so Flüchtlingsunterkünfte.

Mit Migrationshintergrund bei der Polizei

Wie erlebt man als Polizistin mit Migrationshintergrund die Arbeit bei der Polizei? Die Eltern der Polizistin Seda Wintermayr waren aus der Türkei nach Deutschland gekommen. „Wie eine Polizeibeamtin sehen Sie ja nicht gerade aus“, sei ihr einmal von einer Frau entgegengehalten worden, der sie in Zivil helfen wollte und sich dabei als Polizistin zu erkennen gab.

Aus Vorfällen dieser Art schloss Wintermayr: „Es gibt immer noch zu wenig Polizeibeamte mit Migrationshintergrund“. Je mehr die Polizei die Gesellschaft abbildet, desto mehr Akzeptanz wäre vorhanden, sagte sie. David Zekhariafamil vom Polizeipräsidium München hat iranische Wurzeln. Er schilderte, wie sich seine Sprachkenntnisse vertrauensbildend auswirken können, etwa bei seinen Einsätzen am Münchner Hauptbahnhof. „Bruder, komm runter“ hat bisher immer als Deeskalation funktioniert, berichtete er.

Bildung und Integration

Die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Brendel-Fischer (CSU), ging auf die neue Situation mit den Geflüchteten aus der Ukraine ein. „Wir müssen aufpassen, nicht zwischen



Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer über Bildungserwerb eingewanderter Kinder

erster und zweiter Klasse-Flüchtlingen zu unterscheiden“, mahnte sie mit Blick auf eine vermeintlich höhere Akzeptanz ukrainischer Flüchtlinge im Vergleich zu anderen Nationalitäten. Sie wies zudem darauf hin, dass jetzt wieder der Personalmangel an Grundschulen besonders deutlich werde. Die Bildungsphasen der Kinder seien für die Integration von allen Migran-

tengruppen von hoher Bedeutung. „Über die Kinder kommt es in die Familien“, kennzeichnete die Landtagsabgeordnete die Bedeutung des Sprach- und weiteren Bildungserwerbs von eingewanderten Kindern.

Faktoren für die Abwanderungsentscheidung

Der Historiker Dirk Hoerder, Universität Bremen und Arizona State University, präsentierte ein Modell von typischen Migrationsverläufen und dem Einfluss kultureller Faktoren. Für die Abwanderungsentscheidung gibt es zum Beispiel fördernde und hindernde Faktoren, etwa die geltenden Abwanderungs- bzw. Zuwanderungsregeln, die Frage der Kosten und Unterstützung und der Zugang zu Informationen. Hoerder hob dabei hervor: „Wenn 45 Millionen auswandern, besprechen sie dies mit ihren Familien“. Auf diese Weise seien tatsächlich 220 Millionen an der Entscheidung beteiligt.

Für die Migration in der Geschichte der Bundesrepublik sieht der Zeithistoriker Michael Mayer von der Akademie für Politische Bildung einen wellenförmigen Verlauf.

Deutlicher Anstieg der Migration

Immer wieder kam es zu temporären Ausschlägen, zuletzt 2015 und nun die Flüchtlinge aus der Ukraine. Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sieht Mayer einen deutlichen Anstieg der Migration. In den 1950er und 1960er Jahre habe es sich insbesondere um Gastarbeiteranwerbung aus dem europäischen und angrenzenden Raum gehandelt. Spätestens seit den 1970ern ist die Bundesrepublik von globalen Migrationsbewegungen betroffen, wie Mayer ausführte. Jetzt sei die Migrationsbewegung in die Bundesrepublik von Asylsuchenden geprägt.

Gängige Unterscheidungen immer schwieriger

Der Jurist und Historiker Constantin Hruschka vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München sieht global eine starke Diversifizierung der Migrationsbewegungen. „Gängige Unterscheidungen zwischen (erzwungener) Flucht und (angeblich freiwilliger) Migration werden immer schwieriger“, sagte er. Zudem sei es eine Herausforderung, dass bei den nationalen Migrationspolitiken ambivalente Bewegungen zwischen Öffnung und Schließung festzustellen sind.



Gerade in größeren Städten wie hier in Frankfurt am Main ist die Polizei sehr präsent. Was auf die einen beruhigend wirkt, löst bei anderen Unbehagen aus. Warum das so ist, wurde in der Tagung aus unterschiedlicher Perspektive besprochen.

© iStock/Cineberg

Axel Ströhlein, der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Asyl und Rückführungen in Ingolstadt/Manching, wies auf die gesetzliche Pflicht der Ausländerbehörden hin, den Aufenthalt im Bundesgebiet ggf. zwangsweise zu beenden, sofern die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen (§ 58 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz).

Prioritäten bei der Abschiebung

Ob zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse vorliegen, stelle das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Prüfung fest. Nachgewiesene außerordentliche Integrationsleistungen werden als asylunabhängige Gründe einbezogen, begründen jedoch für sich kein Bleiberecht. Priorität genießt die schnelle Beendigung des Aufenthalts von Straftätern, Gefährdern und Personen, die sich hartnäckig ihrer Identität verweigern, erklärte Ströhlein.



Landesamtspräsident Ströhlein über Rückführungen in der Praxis
© Bures (APB)

Zeitzeugenerfahrung von Flucht und Vertreibung sowie Eindrücke aus Krisengebieten vermittelten Wolfgang Hartmann, ehemaliges Mitglied des Beirats der Akademie, sowie der ehemalige Polizist Lothar Riemer. Hartmann schilderte seine Kindheitserinnerungen an die Flucht aus Schlesien und die erste Zeit der Integration in Bayern. „Wir waren nicht willkommen“, fasste Hartmann seine Eindrücke an die erste Zeit als Flüchtling in Bayern zusammen.

Was Krieg ausmacht

Lothar Riemer war im Rahmen eines internationalen UN-Einsatzes auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien im Einsatz gewesen. „Die Bevölkerungsgruppen haben gewütet und sich in die Luft gejagt, wo es nur ging“, erzählte er. „Wenn man in einem Nachkriegsdeutschland aufgewachsen ist, wo alles immer bergauf ging, und in diese Gegend kam, sieht man, was Krieg ausmacht“, sagte Riemer. 🏠

Gero Kellermann



AKADEMIE-REPORT | 03-2022

Lesenswertes

Zur thematischen Einführung erhielten die Tagungsteilnehmenden einen Literaturüberblick über einschlägige Werke zu den Themen Steuerwettbewerb, Steueroasen und globale Ungleichheit. Diese Literatur-Tipps wollen wir unserer Akademie-Report-Leserschaft natürlich nicht vorenthalten.



Emmanuel Saez,
Gabriel Zucman

Der Triumph der Ungerechtigkeit
Steuern und Ungleichheit im
21. Jahrhundert

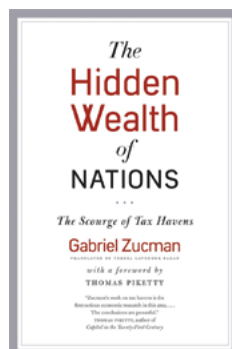
Suhrkamp, Berlin 2020

In diesem Werk konstatieren die Autoren den Widerspruch unseres heutigen Wirtschaftssystems, welches zugunsten einer vermögenden Elite funktioniert

und zulasten der Arbeiter- und Mittelschicht sowohl in den entwickelten Industriestaaten als auch in den Ländern des Globalen Südens. Angesichts der zunehmenden Vermögenskonzentration muss Steuerpolitik immer die Ungleichheit in den Mittelpunkt stellen. In den USA stagnieren die Arbeitseinkommen seit 1980, die Steuerlast tragen vor allem einfache Angestellte und Menschen im Niedriglohnsektor. Zwar ist die Lage in der EU nicht ganz so dramatisch, oder besser gesagt, noch nicht so drastisch, aber die ökonomische Ungleichheit nimmt auch hierzulande zu und damit auch der gesellschaftliche Unmut, der eine enorme politische Sprengkraft besitzt. Das Buch verdeutlicht, wie Steuerungerechtigkeit ein globales Phänomen darstellt. Ebenso dekonstruieren die Autoren die gängige These, dass Reiche und multinationale Unternehmen in einer globalen Ökonomie nicht effektiv besteuert werden können.

Das Buch erzählt zwar in erster Linie die Geschichte der USA, welche radikale Kehrtwenden in der Steuerpolitik gemacht hat, allerdings kann uns diese Erfahrung nützlich sein, um über mögliche Lösungen nachzudenken. Wenn das Steuersystem, national und international, gesellschaftliche Ungleichheiten verschärft, dann ist es höchste Zeit antiegalitären und oligarchischen Tendenzen entgegen zu treten, welche die Grundlagen unserer liberalen Demokratien aushöhlen. Die Autoren haben einen frei zugänglichen, interaktiven Simulator entwickelt, der u.a. schätzt, wie sich unterschiedliche Steuern auf die Ungleichheit auswirken, wie sich der effektive Steuersatz von Gesellschaftsgruppen verändert oder was eine Stärkung des Steuervollzugs für positive Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt hätte.

Zum Simulator geht es hier: taxjusticenow.org



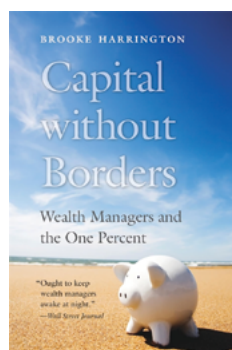
Gabriel Zucman

The Hidden Wealth of Nations
The Scourge of Tax Havens

The University of Chicago Press,
Chicago 2015

Dieses Werk ist laut Star-Ökonom Thomas Piketty das beste Buch, das jemals über Steueroasen geschrieben wurde. Das Buch bietet eine faszinierende Historie von Steueroasen, eine

erstmalige quantitative Analyse über die globale finanzielle Bedeutung, welche Steueroasen in der heutigen Weltwirtschaft einnehmen, und es formuliert konkrete Handlungsempfehlungen, wie das Problem angegangen werden kann. Ein kleiner Vorgeschmack: Zucman fordert bspw. ein globales Register von Finanzvermögen, welches auflistet, wer etwas in welcher Form von Aktien, Anleihen oder Vermögenswerten besitzt. Die Lektüre des Buchs schildert eindrücklich, dass Steueroasen Haupttreiber der steigenden Vermögensungleichheit sind und damit eine große Gefahr für unsere demokratischen Gesellschaften darstellen.



Brooke Harrington

Capital without Borders
Wealth Managers and the
One Percent

Harvard University Press, London 2020

Die Soziologin Brooke Harrington skizziert eine Ethnographie der Eliten, die das Vermögen der Superreichen verwalten. Das Besondere an dem Buch

ist der Zugang, den die Autorin sich an diese Berufsgruppe verschafft hat. Ihre Arbeit glänzt aufgrund der Empirie, auf der Harringtons Ausführungen beruhen. 65 Interviews über 7 Jahre in 15 verschiedenen Ländern wie New York, Buenos Aires, Dubai und Shanghai schaffen ein Bild über die Eigenwahrnehmung und Weltbilder der Vermögensverwalter. Harrington beleuchtet ebenso die vielfältigen Aktivitäten des Sektors, wie z.B. Trusts und Stiftungen gegründet und Steuervermeidungspraktiken etabliert werden. Das Buch ist hochpolitisch jenseits der Analyse der Vertrauensbeziehungen zwischen Vermögensverwaltern und ihren Kunden (den „High Net Worth Individuals“). Zwei ganze Kapitel widmen sich dem Zusammenhang zwischen der Vermögensverwaltung und der globalen Ungleichheit, sowie der Einstellung dieser hoch lukrativen Zunft gegenüber dem Gemeinwesen, dem Staat und der Politik.



London am 23. Mai 2022: Die Nationalflaggen des Vereinigten Königreichs zieren den Weg zum Buckingham-Palast.
© iStock/VV Shots

Der Untergang der britischen Monarchie? Eine Zeitreise vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Anfang Juni fanden die Feierlichkeiten des 70. Thronjubiläums von Elizabeth II. statt. Ganz Großbritannien und wie es schien die ganze Welt feierte mit ihr. Gleichzeitig wurden aber auch kritische Stimmen zur Abschaffung der Monarchie wieder lauter. Eine Tagung zeigte, dass die Kritik keinesfalls neu ist, sondern schon im 19. Jahrhundert die britische Monarchie gefährdete. Was kann das heutige Königshaus von Queen Victoria lernen?

Die Krise der britischen Monarchie im 19. Jahrhundert war eins der Themen, mit der sich eine Tagung an unserer Akademie in Kooperation mit der Philipps-Universität Marburg beschäftigte. Der Vortrag zweier Studentinnen und die anschließende Diskussion zeigten viele Parallelen zur heutigen Situation des Königshauses.

Die „Medienmonarchin“

Die Ursprünge der modernen britischen Monarchie, wie wir sie heute kennen, lassen sich auf die Regierungszeit von Queen Victoria zurückführen. Zu Zeiten ihrer Krönung 1837 befand sich das Ansehen der Monarchie durch ihre verschwenderischen und unmoralischen Vorgänger bereits in einer heiklen Ausgangslage. Gemeinsam mit ihrem deutschstämmigen Ehemann Albert wurde sie zur ersten erfolgreichen „Medienmonarchin“, so die Biographin Karina Urbach,

und rettete das Ansehen der Monarchie. Insbesondere Albert nahm dabei eine wichtige Rolle ein, da er nicht nur durch seinen fleißigen, ambitionierten Charakter, den Einsatz für Bildungsprojekte und einem sparsamen Lebensstil bei der damaligen Bevölkerung punktete, sondern auch die Inszenierung des royalen Lebens voranbrachte: Die Königsfamilie bereiste das Land und Empire, Albert brachte gezielt eigene, private Fotografien vom einfachen Familienglück in Umlauf und sorgte für die Eröffnung der ersten Weltausstellung in London. Dabei war das Thema „Familie“ immer im Mittelpunkt der Selbstdarstellung.

Diese Maßnahmen waren notwendig, um die schwindende formelle Macht der Monarchie auf die Politik auszugleichen. Die Legitimität des Königshauses wurde bereits damals immer wieder infrage gestellt. Formal gesehen war das britische Parlament die entscheidende Kraft in der Politik, doch ihr Ansehen räumte Victoria inoffizielle Macht ein.

Sinkende Unterstützung der Monarchie in der Bevölkerung



Queen Victoria in Trauerkleidung
(nach Alberts Tod)

© iStock/RockingStock

Doch die populären Zeiten von Queen Victoria endeten mit Alberts Tod 1861: Auf ihre Trauer folgte jahrelange Benommenheit und der Rückzug aus ihren royalen Pflichten. Nach anfänglichem Mitgefühl des britischen Volks schwand das Verständnis für die lange trauernde Queen und damit für die Monarchie insgesamt. Erst durch starken öffentlichen Druck übernahm Victoria ab 1865 langsam wieder Aufgaben.

Und heute?

Was bleibt aus ihrer Zeit? Während der Einfluss der britischen Königsfamilie immer weiter abnahm, gewannen die Inszenierungen bis heute an Bedeutung: Im Mai 2022 reisten Prinz Charles und Herzogin Camilla durch Kanada, zum britischen Vatertag verschickte Prinz William einen Fotogruß mit seinen Kindern auf Reisen und nun die großen Feierlichkeiten zum Platin-Thronjubiläum von Queen Elizabeth II. Die Öffentlichkeitsarbeit der heutigen Königsfamilie erinnert stark an die „PR-Maschine Albert“ – wie er teilweise genannt wurde – unter Victorias Regierungszeit. Ein häufiges Motiv stellt dabei immer noch die Fami-

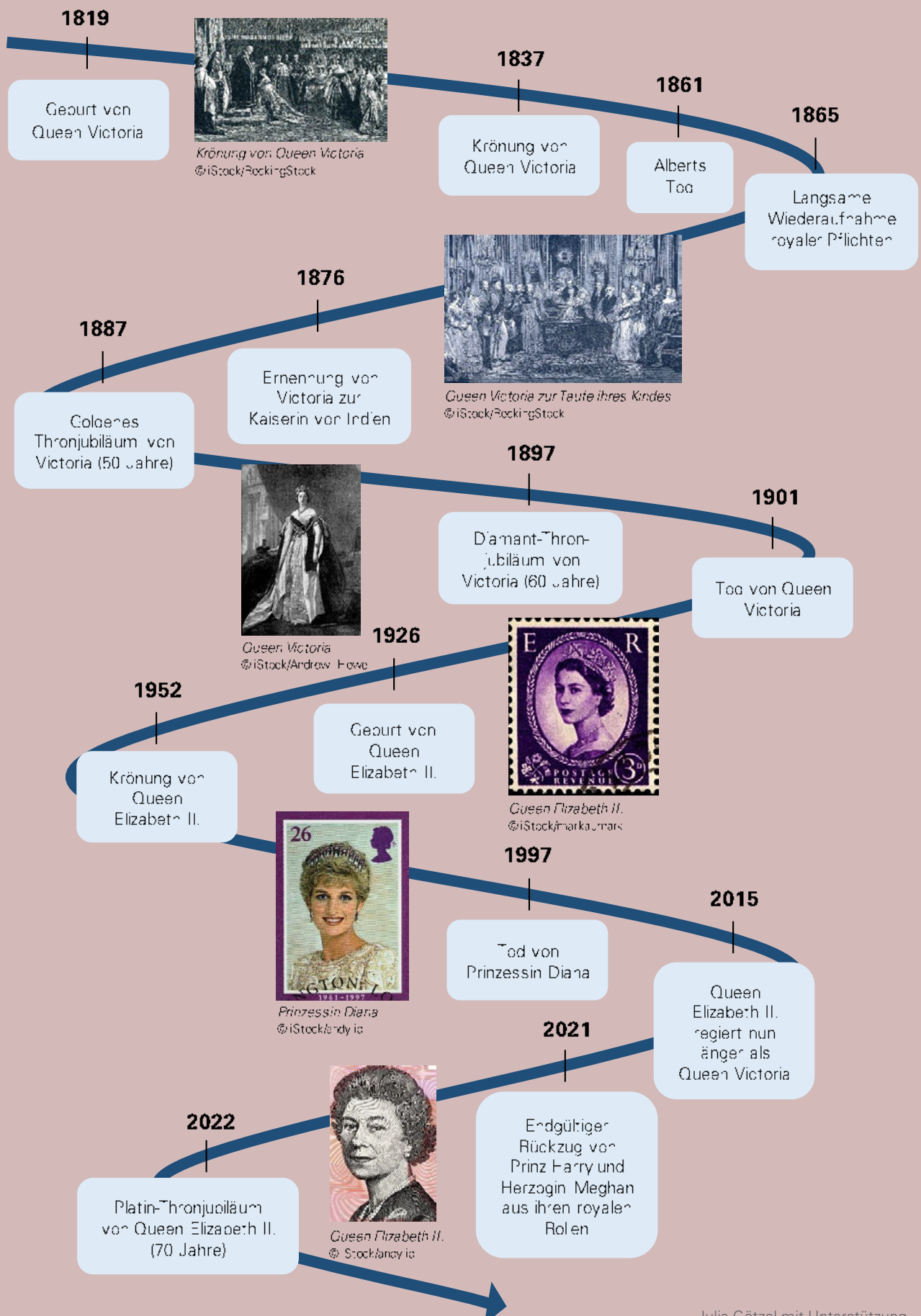
lie dar, wie beispielsweise knappe 96 Jahre nach Victorias Regierungszeit beim tödlichen Autounfall von Prinzessin Diana 1997. Damals war die britische Bevölkerung bestürzt von der späten öffentlichen Reaktion der Queen auf den Tod ihrer Ex-Schwiebertochter. Elizabeth begründete ihr Verhalten mit ihrer Rolle als Großmutter von zwei Jugendlichen, die gerade ihre Mutter verloren hatten. Das „Geschäftsmodell Familie“ zeigt allerdings auch Schwachstellen, so Benedikt Stuchtey von der Philipps-Universität Marburg. Nicht zuletzt die Vorwürfe und der Rückzug von Prinz Harry und Herzogin Meghan in den letzten beiden Jahren warfen Kritik an der vorgegebenen familienorientierten Monarchie auf.



Benedikt Stuchtey zum
„Geschäftsmodell Familie“

© Götzel (APB)

Solche kritischen Stimmen kamen über die Jahrzehnte – sowohl bei Victoria aber eben auch bei Elizabeth – immer wieder auf: So diskutiert beispielsweise Australien immer wieder die Umwandlung in eine Republik und damit die Loslösung von der Queen als Staatsoberhaupt. 1999 stimmten bei einem Referendum nur 55 Prozent der Australierinnen und Australier gegen die Abschaffung der Monarchie. Zum aktuellem Thronjubiläum kamen neben Glückwünschen ebenfalls kritische Überlegungen gegenüber der Monarchie von australischer Seite. Auch andernorts fordern Kritikerinnen und Kritiker ein Ende der monarchischen Staatsführung. So zeigt eine Umfrage in Kanada im April 2022, dass 51 Prozent der Kanadierinnen und Kanadier die Staatsform ändern wollen. Was in einigen Ländern aktuell diskutiert wird, hat der karibische Inselstaat Barbados zur Realität gemacht und wurde 2021 zur Republik. Selbst in Großbritannien erheben sich kritische Stimmen: „Make Elizabeth the last“ heißt es. Dabei zeigt bereits der Slogan, dass die Kritik weniger gegen Queen Elizabeth selbst gerichtet ist, die im Vereinigten Königreich hohe Popularität genießt. Stattdessen fokussieren sich Kritikerinnen und Kritiker auf die hohen Kosten des Systems für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und fragen nach dem Zweck der Monarchie. Queen Victoria und ihr Mann Albert beantworteten diese Frage mit ihrer identitätsstiftenden Bedeutung für die verunsicherte viktorianische Gesellschaft. Heute fehlen Kritikerinnen und Kritiker die Reden und Impulse, die in Zeiten von Brexit und anderen politischen Krisen Einigkeit im Vereinigten Königreich stifteten. Aktuell zeigt sich also ein ähnlicher Kritikpunkt wie damals nach Alberts Tod, als Victoria sich aus der Öffentlichkeit und ihren Pflichten zurückzog.



Julia Götzel mit Unterstützung von Marieke Kulczak

Was können zukünftige Monarchinnen und Monarchen aus der Krise lernen?

Nach ihrem jahrelangen Rückzug begann Victoria nach und nach, wieder ihren Pflichten nachzugehen. Die Öffentlichkeitsarbeit mithilfe von Fotos, inspiriert durch Albert, verhalf ihr zusätzlich wieder zu mehr Popularität. Dabei inszenierte sie sich häufig als Imperialistin. Ihre Ernennung zur Kaiserin von Indien 1876 passte zum Bild der Herrscherin des größten Empires der Welt. Auf der anderen Seite begriff sie aber auch, dass sie volksnah bleiben musste, wie sich beispielsweise in den Fotografien von ihr am Spinnrad zeigt. Ihre Thronjubiläen sorgten für einen weiteren Anstieg an Popularität, bevor mit ihrem Tod 1901 ihre Herrschaft und das viktorianische Zeitalter zu Ende geht.

Das diesjährige Thronjubiläum von Queen Elizabeth II. zeigt, dass sie sich bei ihrer aktuellen Popularität wohl keine Sorgen mehr um ihr Amt machen muss. Ihr Nachfolger schneidet bei Beliebtheitsumfragen allerdings etwas schlechter ab und wirft somit die Frage auf, wie lange die Monarchie noch genug Unterstützung von den Menschen im ehemaligen British Empire erhält. Möglicherweise hilft eine bestimmte Strategie der Öffentlichkeitsarbeit wie bei Queen Victoria den Zweck der Monarchie hervorzuheben. Vielleicht müssen zukünftige Monarchinnen und Monarchen aber auch auf Kritikerinnen und Kritiker zugehen und beispielsweise die Kosten ihres Lebensstils langfristig reduzieren.



Julia Götzel

AKADEMIE INTERN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach und debattierte in Tutzing unter dem Titel „In ‚Europa‘ angekommen?“ über die Rolle und das Selbstverständnis Tschechiens als Mitglied der Europäischen Union. An der TUM School of Engineering and Design der Technischen Universität München hielt er eine Vorlesung zum Thema „Bedingt krisenfest? Demokratisches Regieren in Zeiten der großen Transformationen“.

Dr. Gero Kellermann war auf Einladung des Instituts für Philosophie der Leibniz Universität Hannover Gast auf dessen Jubiläumskonferenz zum Thema „Science in Society“. Zudem wurde er auf dem YouTube-Kanal der DPoIG Bayern für eine Tagungsdokumentation interviewt.

Kinza Khan, M.A. hat ihr Promotionsverfahren zum Thema „Die Ukraine-Krise und der Blick auf Russland. Eine Medien-Frame-Analyse der reichweitenstärksten überregionalen Printmedien im Februar und März 2014“ in der Kommunikationswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen einer Ringvorlesung an der Universität Bamberg verknüpfte sie die Ergebnisse dieser Arbeit mit aktuellen Geschehnissen.

Dr. Giulia Mennillo hat Ende April das Buch „Credit Rating Agencies“ im Agenda Publishing Verlag veröffentlicht. Es erschien in der Reihe „Finance Matters“, welche insbesondere die gesellschaftlichen Auswirkungen von Finanzmarktthemen unter die Lupe nimmt.

Dr. Anja Opitz moderierte auf der 3. Young Security Conference 2022 in München das Panel „Health Policies Coordination in Times of Pandemic and Hybrid Warfare“. Ihre Gäste waren Tanya Herfurth (Strategy Officer Global AMR R&D Hub), Pavlo Kovtonyik (fmr. Deputy Minister of Health of Ukraine) und Jan-Cedric Hansen (Vice-President Global Health Security Alliance). Für Radio Lora München war sie Interviewgast im Gespräch über den Krieg in der Ukraine, die Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und über die Ausrüstung der Bundeswehr. Und für Radio Bremen Zwei, dem Informations- und Kulturprogramm im Hörfunk von Radio Bremen, gab sie ein Interview zu den Fragen: Trifft der Begriff der Spaltung die avisierte „Zeitenwende“ richtig? Oder formieren sich weltweit wieder zwei Lager, zwischen denen eine Kluft herrscht? Wie ordnen sich die internationalen Beziehungen gerade neu, und mit welchen womöglich unerwarteten Entwicklungen müssen wir rechnen?

Ukraine-Krieg, Inflation, Energieversorgung Ministerpräsident Söder beim Jahresempfang mit der Europa-Union München

Nach mehrjähriger Pause konnte eine Tradition wiederaufgenommen werden: der Jahresempfang, den die Akademie mit der Europa-Union München und weiteren Partnerorganisationen* mit dem Thema Europa ausrichtet. Festredner war der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder, Veranstaltungsort der große Saal des Unternehmens Giesecke+Devrient (G+D) in München. Der Jahresempfang stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der „Welt im Wandel“.



Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sprach über eine veränderte Welt.

© Giesecke+Devrient

„Das, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, gab es vorher nicht in vergleichbarer Weise“, sagte der Bayerische Ministerpräsident. Erst eine globale Seuche, dann ein Krieg – und wer weiß, was noch alles auf uns zukommt, sagte Söder. Die Welt drehe sich nicht nur schneller, sondern teilweise auch in komplett andere Richtungen als wir es gewohnt sind.

Die alten Modelle würden nicht mehr funktionieren. Er habe sich als Politiker in der schlimmsten Corona-Phase wie bei einem „Gang auf dem Gletscher“ gefühlt. Es habe keine Spur gegeben, der man hätte folgen können, kein erprobtes Lösungskonzept. Stattdessen seien Dutzende von Gletscherspalten dagewesen, in die man hätte abstürzen können. Es

* Kooperationspartner bei der Veranstaltung waren neben der Europa-Union München die Europäische Akademie Bayern, die Griechische Akademie, die Jungen Europäischen Föderalisten München sowie die Deutsch-Hellenische Wirtschaftsvereinigung.



Ursula Münch moderierte den Jahresempfang mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten.

sei schließlich um die „Kernaufgabe der Politik, den Schutz des Lebens“ gegangen. Er habe den Eindruck, dass die Gesellschaft in der Corona-Zeit weniger gespalten sei als in den digitalen Blasen abgebildet werde. Die Mehrheit sei nicht auf die Barrikaden gegangen, sondern „die große Mehrheit in Bayern und auch in Deutschland hat die Herausforderungen immer wieder geschultert“, sagte Söder.

Nun sei gerade in der Zeit, wo endlich wieder mehr Lebensfreude aufkam, der Angriff auf die Ukraine erfolgt. Nach seinem Eindruck ist die Gefühlswelt der Bevölkerung dadurch schon wieder völlig durcheinandergelassen. Dies betreffe vor allem zwei Punkte: Das eine ist das Mitgefühl für die Menschen in der Ukraine. Das andere ist die zunehmend größer werdende Sorge über die Folgen des Krieges für die eigene Situation.

Schutz und Stabilität

Söder mahnte, in dieser Zeit der Veränderungen zusammenzustehen. Bayern versuche, seinen Beitrag zu leisten: zum einen dadurch, dass Menschen Schutz geboten und für Unterkunft und auch für Schule und Kita gesorgt werde. Zum anderen setze sich Bayern dafür ein, dass in der Ukraine Stabilität einkehrt, zumindest keine Überlegenheit der Russen entsteht. Er glaubt, dass Waffenlieferungen sinnvoll sind. Wir müssten nur aufpassen: „Waffen liefern ja, Kriegspartei werden nein“, sagte er.

„Aber der sicherheitspolitische Teil ist nur der eine“, so Söder. Mit Hinweis auf die Präsidentschaftswahlen in Frankreich sagte er, dass der Ukraine-Krieg für die Wählerinnen und Wähler offensichtlich nicht das wichtigste Thema war, sondern vielmehr die Proble-

me in Zusammenhang mit dem Kaufkraftverlust. Viele Menschen hätten Angst vor dem Abstieg. Es sei eine entscheidende Frage, diese Sorgen anzunehmen und ernst zu nehmen. Wer Inflation zulässt und nichts gegen die Inflation tut, wird am Ende echte Probleme für die soziale Symmetrie der Gesellschaft sehen, sagte Söder.

Energieversorgung gewährleisten

Söder ging in diesem Zusammenhang auf die steigende Energiepreise ein. Diese würden nicht nur

eine Armutsfrage für die Menschen sein, sondern würden sich auch zu einem Standortnachteil entwickeln – und zwar in Deutschland stärker als anderswo. Beim Thema Energie müssten zwei Dinge in den Blick genommen werden: Versorgungssicherheit und Preisstabilität. Jede Möglichkeit, die Energieversorgung zu gewährleisten, müsse unideologisch genutzt werden.

Söder appellierte, optimistisch zu sein. „Man muss Sorgen eine Stimme geben, aber auch Halt und Hoffnung geben“. Wenn wir das Ende der Geschichte quasi vordenken, können wir nicht die Leistungskräfte von Wissenschaft und Forschung, im unternehmerischen Bereich oder im sozialen Engagement wecken.

Problem Fachkräftemangel

Bayern sei nach der Transformation vom Agrar- zum Industriestaat und vom Industriestaat in ein Hightech-Land nunmehr in die Phase der Digitalisierung getreten. Entsprechend werde investiert. Söder erinnerte aber auch an den bestehenden Fachkräftemangel. Dieser sei eine der größten Herausforderung für die Politik. Vielleicht läge hier eine Chance in der Einwanderung aus der Ukraine. Zudem werde in Schulen und Hochschulen investiert. „Wir brauchen aber noch einmal einen richtigen Schwung in Richtung berufliche Bildung“, sagte er. Diese sei genauso gut wie die akademische Bildung. Ob nun „Meister“ oder „Master“, beides ist gleichwertig, sagte Söder.

Gero Kellermann

Linktipp

Ausführlicher Bericht:
bit.ly/jahresempfang-apb





Eine Vielzahl an Künstlerinnen waren angereist zur Eröffnung der Ausstellung und traten in den Dialog mit den Gästen.

© Winterer (APB)

Zeitübergreifende Relevanz GEDOK-Ausstellung „Playing with Nature“ an der Akademie zu sehen

Die diesjährige Ausstellung der Künstlerinnenvereinigung GEDOK in der Akademie für Politische Bildung ist eröffnet.

Unter dem Titel „Playing with Nature“ zeigen 30 Künstlerinnen Werke, in denen sie sich mit dem Nebeneinander von Mensch und Natur auseinandersetzen. Sie arbeiten und drücken künstlerisch sehr unterschiedlich aus. Wir stellen Ihnen vier von ihnen vor, damit Sie einen ersten Eindruck bekommen. Ihre Kunstwerke haben wir bewusst nicht in den Report mit aufgenommen,

sondern nur einen kleinen Blick erlaubt. Wer diese und einige weitere sehen möchte, kann eine Auswahl der Werke digital abrufen: Zu diesen Werken gelangen Sie über den QR oder den dazugehörigen Link. Noch eindrucksvoller ist es indes, sich die Bilder im Gesamten an der Akademie anzuschauen. Die Kunstaussstellung ist bis Mai 2023 in Tutzing zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Die Werke können Sie Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, Freitag von 8 bis 14 Uhr und am Wochenende nach Anfrage besichtigen. Einzelne Räume können wegen laufender Tagungen besetzt sein, eine vorherige Anfrage ist daher zu empfehlen.



Kinza Khan, Bildbearbeitung Marieke Kulczak

Mit Naturpapier, Marmorstaub und Mineralpigmenten macht Hongyun He aufmerksam auf den menschlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen und warum dieser Umgang letztlich zur Krise der Humanität führt. Ihr Werk trägt den Titel „Anschlag“ und ist 70 x 100 cm groß.

bit.ly/Anschlag_He



Hertha Miessner schafft ein Schattengebilde, das Erde und Himmel in einem Bild zu einem sucht – es entsteht eine Fotografie von 60 x 80 cm mit dem Titel „Earth & Sky – Suisse Shadow“.

bit.ly/Earth_Sky_Miessner



Es ist ein Sammelsurium an bewussten und unbewussten Eindrücken, das sich zu einem Hybrid aus Realem und Interpretiertem entwickelt. „Volcanism – Collage 13“ von Monika Humm ist eines der kleineren und sehr facettenreichen Werke der Sammlung in der Akademie, eine Mischtechnik auf Leinwand auf 30 x 24 x 0,5 cm.

bit.ly/Volcanism_Humm

Ausgangspunkt sind für Iris Schabert die Stachelwälder in Mexiko, die dort eingesammelten Stacheln und Dornen finden sich hier in einen neuen Kosmos ein. Der Bronze-guss, patiniert auf Holztableau montiert und 37 x 28 cm klein schafft für uns neue „Stachelwälder“.

bit.ly/Stachelwälder_Schabert



Im Andenken an OStD a.D. Hans Friedrich (1932–2012): Früher Medienpionier der Akademie

Nimmt man die (Anfänge der) Medienkompetenz der Akademie für Politische Bildung in den Blick, so stößt man unausweichlich auf den Namen Hans Friedrich. Als das langjährige Mitglied des Kollegiums am 25. April 1997 mit einem Festcolloquium zum Thema „Politische Information in den Massenmedien“ offiziell in den Ruhestand verabschiedet wird, hat er über drei Jahrzehnte erfolgreich und prägend in Diensten der Akademie gestanden.

Friedrich war, in den Worten unseres verehrten Altdirektors Heinrich Oberreuter, ein Mann der politischen Bildung ganz früher Stunde. Seine sozialkundliche Zusatzprüfung im 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien 1958 fällt zusammen mit der akademischen Institutionalisierung der modernen Sozialwissenschaften in der frühen Bundesrepublik. Grundlage hierfür bilden die am 10. September 1949 auf dem im Odenwald gelegenen Jagdschloß Waldeiningen gefassten Beschlüsse der deutschen Kultusminister, die „Politik als Wissenschaft“ an den Universitäten und später an den Schulen zu etablieren, um an den Fundamenten der Nachkriegsdemokratie zu bauen. Sie fällt zugleich auch zeitlich zusammen mit der Errichtung unserer Tutzingen Akademie für Politische Bildung durch weitblickende Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Bayerischen Landtags.

Nach fast zehn Jahren im Schuldienst an Münchner Gymnasien wechselt Friedrich im Januar 1966 im verheißungsvollen Alter von 34 Jahren als Dozent an die Akademie. Hier ist er zunächst für alle Lehrerseminare und für Veranstaltungen zur sozialkundlichen Lehrplangestaltung in verschiedenen Schularten zuständig. Daneben beackert er den politikwissenschaftlichen Themenkomplex des bundesdeutschen Parteiensystems und der Parteiendemokratie. Zu Beginn der 1970er Jahre geraten die Medien, insbesondere das Fernsehen, ins Zentrum von Friedrichs Erkenntnisinteresse. Über Auftragsarbeiten für die Redaktion des BR-Schulfernsehens lernt er den Fernsehbetrieb von innen kennen. Nebenher zeichnet er mithilfe moderner Videotechnik Nachrichten- und politische Maga-



Hans Friedrich neben der Fernando Pessoa Statue in Lissabon
© Beate Schaible

zinsendungen auf, und stellt Programmvergleiche der damals fünf empfangbaren Fernsehkanäle (ARD, ZDF, BR, ORF 1 und 2) an.

„Medienexperte“ der Akademie

Schnell avanciert er dergestalt zum „Medienexperten“ der Akademie, einem Titel, den – wie er selbst schelmisch ausführt – er „keineswegs einer etwa vermuteten medienwissenschaftlichen Frühreife zu verdanken“ habe, sondern eher seiner autodidaktisch erworbenen technischen Kompetenz im Umgang mit der (wohl höchst) fehleranfälligen apparativen Ausstattung der Akademie. Zumal sich unter „Medien“ auch Presse und Rundfunk subsumieren lassen, habe man ihm – so Friedrich wiederum augenzwinkernd – gleich „auch die Zuständigkeit für medienwissenschaftliche Themen zugewiesen.“ Ein veritabler Glücksumstand, der sich im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte in vielzähligen, teils ausgesprochen hochkarätig besetzten medienkundlichen und medienkritischen Akademieveranstaltungen manifestieren sollte.

Erste medienkundliche Modellseminare

Mitte Oktober 1970 initiiert Friedrich medienkundliche Modellseminare, zunächst zum Thema „Fernsehunterhaltung als Gegenstand politischer Bildung“ mit Lehrern und Schülern des Gymnasiums Weilheim. In deren Mittelpunkt stehen die eigenständige Analyse von Unterhaltungssendungen des Fernsehens durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Entwicklung eines medienkritischen Unterrichtsmodells. Diesen ersten medienkundlichen Pionierveranstaltungen mit eher explorativem Charakter folgt im Juni 1971 eine Studentagung, in welcher die Frage der „Politische(n) Prägung durch Unterhaltung“ von Ex-

pertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis erörtert wird. Ein Folgeseminar in Zusammenarbeit mit der „Stiftung zur Förderung von Bildung der Arbeitnehmer in der Niederindustrie“ widmet sich im März 1972 der Thematik „Fernsehunterhaltung und Gesellschaftspolitik“, bevor im Juli 1972 erstmals der Zusammenhang von „Fernsehnachrichten und politischer Orientierung“ aufgegriffen wird.

(Fernseh-)Nachrichtenseminare

Die Akademietagung unter dem Titel „Politische Prägung durch Fernsehnachrichten“ vom Mai 1973 bildet den Auftakt der überaus erfolgreichen interdisziplinären Fortbildungsseminare für Fernsehnachrichtenredakteure. Mit dieser Kursreihe ist es Hans Friedrich gelungen, eine völlig neue und nicht leicht erreichbare Zielgruppe in die Akademie zu holen. Die Seminare werden zunächst in Zusammenarbeit mit den Fernsehanstalten von ARD und ZDF durchgeführt, bevor sich ab Ende der 1970er auch der österreichische ORF sowie das Schweizer Fernsehen daran beteiligen.

Im Mittelpunkt dieser Seminare steht stets der fachliche Austausch zwischen Sendungsmachern und -macherinnen und einschlägig forschenden Vertreterinnen und Vertretern aus den Sozial- bzw. Kommunikationswissenschaften. Kommunikationswissenschaftliche Kritik an Nachrichtensendungen kommt darin ebenso zur Sprache wie die großen Schwierigkeiten, die sich den Nachrichtenredakteuren alltäglich stellen. Die Seminarreihe verfolgt das Ziel, die Auseinandersetzung zwischen Kritik und Praxis in den Rahmen der größeren Kommunikations- und Sozialisationszusammenhänge einzubetten. Die dabei gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse werden der politischen Bildung unmittelbar nutzbar gemacht, und fließen in innovative mediendidaktische Konzepte und Formate ein. Insgesamt sind 25 Nachrichtenseminare in Tutzing veranstaltet worden. Die Reihe fand ihr Ende, als Anfang der 1990er Jahre den Redakteuren dienstliche Freistellungen und Reisekostenerstattungen gestrichen wurden.

Schriftenreihe

„Politische Medienkunde“

Diese neue medienkundliche und kommunikationswissenschaftliche Schwerpunktsetzung der Akademie zu Beginn der 1970er Jahre führte auch zur Ausdifferenzierung einer eigenen Schriftenreihe. Die sogenannte „Politische Medienkunde“ wurde im Jahr 1972 durch Hans Friedrich ins Leben gerufen und von diesem fortan betreut. Vor allem Tagungen über Probleme der Massenmedien sind in der neuen Medienreihe publiziert worden, die im Eigenverlag der Akademie erschien und insgesamt vier Bände umfasst: »Politi-

sche Prägung durch Unterhaltung« (1972), »Politische Orientierung durch Fernsehnachrichten« (1974), »Kommunikationsprobleme bei Fernsehnachrichten« (1977), »Umwelterziehung durch Medien« (1985). Die Titel der politischen Medienkunde haben einen hohen Aufmerksamkeitsgrad erreicht und wurden vielfach aus dem gesamten Bundesgebiet nachgefragt, so dass Band 2 noch im selben Jahr in zweiter Auflage erschien.



Zusammenarbeit mit der HFF

Mitte der 1970er Jahre beginnt zugleich die reiche Früchte hervorbringende Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsbereich der Bayerischen Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) zu München, und hier insbesondere mit dem Ordinarius für Kommunikations- und Medienwissenschaft Karl Friedrich Reimers. Die HFF steht ihrerseits in enger Verbindung zu den damaligen Zeitungswissenschaftlern an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München und deren Nestor und langjährigem Kurator der Akademie (1967–1997) Professor Otto B. Roegele (1920–2005). Im Zeitraum zwischen 1977 und 1993 werden zahlreiche Wissenschaftskonferenzen und Bildungsveranstaltungen zu medienkundlich wichtigen Aspekten der Film- und Fernsehgeschichte in Deutschland unter Einbeziehung der Weltkriege, des NS-Regimes und der DDR veranstaltet. Diese oft sehr materialreichen Projekte werden ergänzt und vertieft durch Einblicke in die audiovisuelle Grundlagenforschung.

Dank dieser Kooperation findet im September 1977 in Tutzing die 7. „International Conference for the Study of History and the Audiovisual Media“ statt, innerhalb derer auch die Gründung der „International Association for Audiovisual Media in Historical Research and Education (IAMHIST)“ (heute: International Association for Media and History – <https://iamhist.net>) gelingt.

In den fortgeschrittenen 1970er Jahren etabliert sich auch die von Hans Friedrich maßgeblich mitgetragene ständige Hochschul-Semesterreihe „offener mittwoch“. Die Mittwochsreihen waren dabei einerseits stadtoffene Vorlesungen für Studierende der HFF und der LMU und für Interessierte aus der Stadt „open university“, andererseits Kooperationsrahmen für vertiefende Studienwochen in der Tutzinger Akademie.

Stichwort „Semiotik“

Nicht von ungefähr hat sich Hans Friedrich auch der Semiotik zugewandt, sah er doch scharfsichtig die große Herausforderung, der sich die sozialwissenschaftlich wie historisch-kritisch begründete politische Bildung mit der umwälzenden Zeichenentwicklung weltweit vernetzter Informations- und Kommunikationstechniken durch die „neuen (elektronischen Massen-)Medien“ und die „digitale Revolution“ zu stellen hat. Veranstaltungstitel wie „Politik als Zeichensystem“, „Ästhetik und Semiotik der Massenmedien“, „Stadt als Zeichensystem“, künden ebenso davon, wie der große Münchner Semiotik-Kongress vom Juli 1984 unter der Schirmherrschaft des damaligen bayerischen Kultusministers und langjährigem Kuratoriumsvorsitzenden Professor Hans Maier.

„Gesamtkunstwerk“ Hans Friedrich

Viel Weiteres wäre an dieser Stelle noch über das „Gesamtkunstwerk“ (H. Oberreuter) Hans Friedrich zu sagen. Lassen wir ihn abschließend noch einmal selbst zu Worte kommen. In seinen Reflexionen zum 50-jährigen Akademiejubiläum im Jahre 2007 hält er resümierend und bescheiden fest: „Es war in diesen

Jahren eine dankbare Aufgabe, erste medienwissenschaftliche Erkenntnisse in die politische Bildungsarbeit einfließen zu lassen. Zunächst waren pädagogische Motive bestimmend für den Andrang zu diesen Seminaren, in den achtziger Jahren sorgten aber medienpolitische Aktivitäten in Bund und Ländern (Stichwort: Einführung Privatfernsehen, werbefinanziert) und die kontroverse Erörterung dieser Vorhaben in der breiten Bevölkerung für eine steigende Nachfrage nach Informationen zur Medienthematik.“ Hierzu wäre zu ergänzen, dass es Friedrich wie kaum ein anderer verstand, auch komplexeste Sachverhalte erfolgreich in Bildungsprozesse zu transformieren und sein Auditorium besonders auch sprachästhetisch zu begeistern.

Die Akademie hat Hans Friedrich weit mehr als die medien- und kommunikationswissenschaftliche Grundsteinlegung zu danken. Er hat unsere Akademie zu einer besonders geschätzten Adresse für den interdisziplinären und internationalen Mediendiskurs gemacht. Sein über 31 Jahre währendes Tutzing Schaffen ist geprägt von der herausragenden Kompetenz des „weiterbildungssensiblen Medienanalytikers und Kommunikationshistorikers“ (K.F. Reimers).

Steffen H. Elsner



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Beirat

Die bayerischen Universitäten und Hochschulen werden im Beirat der Akademie für Politische Bildung künftig durch den Präsidenten der Hochschule für Philosophie München, **Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher**, vertreten. Er tritt die Nachfolge von **Prof. Dr. Hermann Sollfrank** an, der im Herbst 2021 zum Caritasdirektor der Erzdiözese

von München und Freising berufen wurde und aus dem Beirat der Akademie ausgeschieden ist. Wir danken Herrn Prof. Sollfrank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und freuen uns auf die Impulse, die Herr Prof. Wallacher nunmehr in die Arbeit des Beirats einbringen wird.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Kinza Khan, M.A. (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Stellenangebote

Arbeiten in der Akademie für Politische Bildung

Arbeiten mit Blick auf den Starnberger See und Mittagspausen auf dem hauseigenen Steg gehören zum Alltag unserer rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sorgen täglich dafür, dass Gäste die Tagungen der Akademie für Politische Bildung genießen – vom Eröffnungsvortrag bis zum Abendessen. Unser Team sucht regelmäßig Verstärkung in allen Bereichen.

Näheres zu den Vakanzen finden Sie auf unserer Website:
www.apb-tutzing.de/akademie/stellenangebote



Wir suchen aktuell:



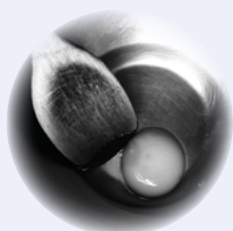
**Serviceleitung und
Stellvertretung der
Hauswirtschaftsleitung
(m/w/d)**

Küchenleitung (m/w/d)



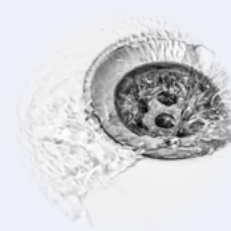
Buchhalter/in (m/w/d)

**Tagungssekretär/in
(m/w/d)**



**Küchenhilfe
(Teilzeit)**

**Reinigungskraft
(Teilzeit)**



**Servicekraft
(Teilzeit)**

Tiefgang am See



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Vieles funktioniert gut in unserem Land, aber es muss sich auch einiges ändern im Staat und seiner Verwaltung – darin waren sich die Teilnehmer einer Fachtagung anlässlich des 75-jährigen Jubiläum der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer einig, bei der die Direktorin **Prof. Dr. Ursula Münch** zum Thema „Wie kann die Zusammenarbeit Bund – Länder – Kommunen verbessern“ vortrug. Bei der Verleihung des Schader-Preises 2022 an die Philosophin und Ökonomin Lisa Herzog durch die Schader Stiftung in Darmstadt hielt sie die Laudatio auf die Preisträgerin. Sie wirkte aktiv an einer Fachtagung des Wissenschaftsrates über und mit Ressortforschungseinrichtungen mit und nahm an einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung über „Walther Rathenau und die Moderne“ teil, in der sie u.a. mit der Bundestagsabgeordneten Linda Teuteberg (FDP) über die „Gefahren für die Demokratie – gestern und heute“ sprach (vgl. den Youtube-Kanal der Stiftung). Beim 10. Bundeskongress Katholische Schulen in Erfurt zum Thema

Freiheit und Demokratie als Herausforderung für Katholische Schulen hielt sie den Hauptvortrag, und im Rahmen des Colloquiums „Soziale Arbeit und Sozialpolitik“ an der Hochschule München referierte sie zur „Sozialpolitik der deutschen Länder“. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, die als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts beim Landtag von Baden-Württemberg eingerichtet ist, begann ihr 50-jähriges Jubiläum im Landtag in Stuttgart. Im Rahmen ihres Festvortrags (nachzusehen und nachzulesen auf der Webseite der Landeszentrale) konnte die gebürtige Württembergerin die guten Beziehungen zwischen der Akademie und „The Länd“ (das ist die neue, nicht unumstrittene „Dachmarke“ bzw. der „Claim“ des Landes Baden-Württemberg) auch zahlenmäßig belegen: Von den bisher vier Direktoren der Akademie für Politische Bildung seit 1958 stammen bis auf Prof. Heinrich Oberreuter alle aus Baden-Württemberg (mehr dazu unter: <https://www.apb-tutzing.de/akademie/geschichte/>).

Tiefgang am See